



Parlament
Österreich

Untersuchungsausschuss

betreffend Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von
Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder
(Cofag-Untersuchungsausschuss)

Stenographisches Protokoll

11. Sitzung/medienöffentlich

Mittwoch, 24. April 2024

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Gesamtdauer der 11. Sitzung

10.06 Uhr – 19.14 Uhr

Erwin Schrödinger – Lokal 1



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 2

Befragung der Auskunftsperson Vizekanzler Mag. Werner Kogler

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich begrüße den Herrn Vizekanzler und Bundesminister Mag. Werner Kogler und seine Vertrauensperson Mag. Dr. Bernhard Mittermüller.

Nachdem ich die Personaldaten der Form halber überprüft habe und davon ausgehe, dass diese natürlich den Tatsachen entsprechen, darf ich Ihnen, Herr Vizekanzler, folgende Belehrung zukommen lassen:

Sie werden vor dem Untersuchungsausschuss betreffend Vorwürfe einer Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder als Auskunftsperson zu den Themen Cofag, Informationsweitergabe und Interventionen, Kooperationen staatsnaher Unternehmen und Staatliche Aufsicht angehört.

Sie haben mit der Ladung eine schriftliche Belehrung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson erhalten, und ich weise Sie auf diese schriftliche Belehrung hin.

Sie sind verpflichtet, die an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Es besteht vor dem Untersuchungsausschuss kein generelles Recht zur Aussageverweigerung. Die Aussageverweigerungsgründe konnten Sie der mit der Ladung zugestellten schriftlichen Belehrung entnehmen. Die Gründe für eine Aussageverweigerung sind anzugeben und wären über Verlangen glaubhaft zu machen.

Auch weise ich Sie auf die bereits schriftlich mitgeteilte Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hinsichtlich klassifizierter Informationen hin. Dies gilt auch noch nach Beendigung der Befragung. Dem Untersuchungsausschuss vorgelegte Akten und Unterlagen dürfen nicht veröffentlicht werden. Heute vorgelegte Unterlagen dürfen weder von Ihnen noch von der Vertrauensperson an sich genommen werden. Weder Sie noch Ihre Vertrauensperson dürfen davon Kopien, Notizen oder Auszüge anfertigen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 3

Sie sind berechtigt, Beweisstücke vorzulegen, die Zulässigkeit an Sie gerichteter Fragen zu bestreiten und den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu beantragen.

Dann darf ich eine ähnliche Belehrung auch an die anwesende Vertrauensperson erteilen:

Herr Dr. Bernhard Mittermüller, ich belehre auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage.

Auch eine allfällige Mittäterschaft zu einer falschen Beweisaussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Auch für Sie gilt das Informationsordnungsgesetz.

Die Auskunftsperson kann Sie als Vertrauensperson jederzeit um Rat fragen und Sie können sich mit der Auskunftsperson ohne zeitliche Beschränkung beraten. Die Auskunftsperson darf dabei jedoch nicht in der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflusst oder gar daran gehindert werden und Sie selbst sind nicht berechtigt, das Wort im Untersuchungsausschuss zu ergreifen.

Bei Verletzung der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson steht es Ihnen frei, sich unmittelbar an mich als Verfahrensrichterin oder an den Herrn Verfahrensanwalt zu wenden. – Vielen Dank.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Vizekanzler, als Auskunftsperson haben Sie das Recht, eine **einleitende Stellungnahme** abzugeben, diese soll 20 Minuten nicht überschreiten. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Mag. Werner Kogler: Moment, ich muss mich erst arrangieren: Ja.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Dann erteile ich Ihnen hiezu das Wort. – Bitte schön.

Mag. Werner Kogler: Wir versuchen gerade, die 20 Minuten zu justieren.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 4

Ja, jetzt einmal auf der anderen Seite. – Ich weiß, dass das nicht unmittelbar Untersuchungsgegenstand ist, möchte aber trotzdem nicht mit der Anmerkung hinterm Berg halten, dass ich ja persönlich, und zwar als Abgeordneter hier im Haus, viele Jahre, es war nicht bloß eins, darum mitgekämpft und dafür gearbeitet habe, dass der Untersuchungsausschuss – wie man salopp sagt – ein Minderheitsrecht wird, sprich, die Einsetzung einem Minderheitsverlangen folgen kann und entsprechend auch die Beweisangebote adjustiert werden. Es hat jetzt schon viele gegeben, ich habe weit nicht alle verfolgt, nicht einmal diesen hier – bitte, mir das nachzusehen –, aber ich finde es einmal gut, dass es so ist.

Jetzt aber zu den vier Beweisthemen, die ich auch ein bissl weiter auslege, denke ich, weil wenn wir immer dabei bleiben würden, hätte ich vermutet, immer einen Milliardär oder eine Milliardärin oder einen möglichen Spender an die ÖVP rund um das Projekt Ballhausplatz zu identifizieren, dann würde sich das sehr einengen. Also das wäre jetzt gar nicht meine Absicht, ehrlicherweise.

Insoweit wollte ich schon auf die Situation hinführen, wie sie damals, zum Ausbruch der Pandemie, vor allem bis zum ersten Lockdown als Maßnahme des Gesetzgebers, der Regierung und insbesondere der Verordnung eines Gesundheitsministers, stattgefunden hat, und das eine oder andere Monat später, und was eigentlich meine Rolle war.

Aber zunächst: Die allgemeine Situation – das ist sicher da auch schon öfter diskutiert worden – ist ja wohl die, dass sich am Globus schon abgezeichnet hat, dass eine sogenannte Pandemie auf Europa zurollt, in den Nachbarländern ja schon entsprechende Einschläge zu erkennen waren. Und dass die Aufgabenstellung, die ersten Tage, bevor es zum ersten Lockdown kam – -, und das ist für mich ja ident mit der ersten großen Nationalratssitzung, wo ich natürlich als Regierungsmitglied dabei war, wo ein riesiges Gesetzespaket – ich habe ehrlicherweise selber nicht den Überblick, kenne nicht einmal alle Namen der Gesetze, die da drinnen waren, aber eben ein riesiges Paket – verabschiedet wurde, wo es knapp davor entsprechend natürlich die Ausschüsse gegeben hat et cetera, et cetera. Dieses alles hat sich in wenigen Tagen, eigentlich in zwei Tagen und Nächten – also da ist ja nächtelang dran gearbeitet worden – zugetragen. Insofern, glaube ich, stehen viele Entscheidungen, was



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 5

diesen 15. März – Sonntag war es – betrifft, einmal unter diesem Eindruck, oder man muss sie, glaube ich, dort einordnen.

Ich habe ja selber den Finanzminister im Ohr, bei Pressekonferenzen, wo wir dann aufgetreten sind, auch als es dann schon um die Wirtschaftshilfen ging: dass ja immer eine gewisse Abfolge da war. Ich sage es jetzt mit meinen Worten: Erst einmal: Virus, Pandemie, dann ging es darum – nach der Einschätzung damals –, Menschenleben zu retten, und zwar nicht zu knapp, weil die Prognoserechnungen, die es ja ansatzweise schon gegeben hat –, die Prognose war, für den Fall, dass es zu keinen – und zwar massiven – Kontaktbeschränkungen kommt, die Ansteckungskurven in einer Art und Weise exponentiell sein werden, dass binnen Kürze – das war damals schon das Thema, ich habe jetzt noch einmal nachgeschaut – die Intensivstationen überlaufen werden und wie gesagt Menschenleben massiv gefährdet sind, insbesondere, was man damals schon wusste, die Älteren und Erkrankten, sogenannte Vulnerable.

Und die Ansteckungskurven, das konnte man schon sehen, durch Beratungen und Expertise, glaube ich, die vom Kanzleramt, vom Gesundheitsministerium eingeholt wurden, haben ja ergeben, dass jeder halbe Tag zählt. Jeder halbe Tag zählt, Lockdown: ja oder nein? Man muss den exponentiellen Verlauf sehen: Wenn sich die Ansteckungszahlen innerhalb ganz knapper Zeit verdoppeln, wie schnell man da wo ist. Ich habe ja selber dazu in eigenen Kreisen und auch in den Medien, wo ich zwischendrin eingeladen war – kann ich mich gut erinnern –, diese Kurven gezeichnet, dieser echten Explosion, die da prognostiziert wurde – eh nicht von mir, sondern von Expert:innen, aber Exponentialrechnung habe ich auch noch zusammengebracht, ja. Ich kann mich gut erinnern, wie ich das mit Mag. Bonelli gemacht habe, und der damalige Kanzler Sebastian Kurz hat darauf hingedrängt – der war schon so: Jede Stunde zählt. Das war der Eindruck des 13., 14., 15. März.

Und die wirkliche Debatte, die dann, glaube ich, auch von vielen Abgeordneten geführt wurde, war gar nicht die Abbag – um die wird es irgendwann gehen, weil dort findet sich ja quasi die Grundlegung der Cofag wieder; also eine Novelle zur Abbag, zu diesem Gesetz –, sondern: Was tun wir gesundheitspolitisch, um möglichst viele Menschenleben zu retten? Das stand im Fokus.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 6

Es hat in der Situation sogar eineinhalb Tage lang einen veritablen Streit zwischen dem Kanzler und mir und dem Gesundheitsminister gegeben, wo es darum ging: Wenn schon so etwas wie Kontaktbeschränkungen, ist das dann die totale Ausgangssperre oder sollte das eine Ausgangsbeschränkung sein? Weil ja schon klar war, wo das hinführen würde – auch wenn es nur ein paar Wochen dauert –, wenn die Leute überhaupt nicht rausgehen können. Dann ging es um diese berühmten Ausnahmegründe von den Kontaktbeschränkungen und wann man aus der Wohnung raus darf. Das alles stand im Zentrum. Jedenfalls ist das meine Wahrnehmung von damals, dort war ich jedenfalls dabei.

Am Schluss – wenn es interessiert – haben wir uns im Übrigen durchgesetzt. In einem Punkt hat sich der Kanzler durchgesetzt: Es kam alles viel schneller, als wir, Anschöber und ich, wollten. Recht hat er gehabt, der Kanzler Kurz, weil es wirklich mit diesen Berechnungen dann da war: wenn schon, dann je schneller, desto besser. Aber wir haben uns durchgesetzt, dass das - - - und wir haben die Presseaussendungen noch umgeschrieben an jenem Tag der Nationalratssitzung –: keine totale Ausgangssperre, sondern Ausgangsbeschränkung mit mehreren Gründen¹.

Das war sozusagen die Erinnerung, die ich genau dort habe. Und irgendwo dazwischen, bei den vielen, vielen Konvoluten rechtsetzender Art, ist eben auch die Abbag-Novelle dahergekommen, weil: auf das läuft es ja dann raus.

In der Folge, in den folgenden Wochen war meine Aufgabe natürlich, mich um Sport und Kultur zu kümmern, weil ich ja nicht nur Vizekanzler war – was ist das überhaupt, außer die Vertretung des Kanzlers? –, sondern ich war für Sport und Kultur zuständig. Das war alles andere als leicht, weil dort die Einschläge massiv waren – massiv! Nicht so, wie in den produzierenden Betrieben, da musste man halt Abstand halten; und ein paar Geschäfte sind geschlossen worden, eh viel zu viele, könnte man sagen.

Deshalb hat es ja in der Folge, weil es so viele Geschäfte waren, sofort - - in dieser Kaskade: Menschenleben retten, da muss man zusperren, dann würden uns aber die Betriebe innerhalb kurzer Zeit auch verhungern, also muss man auch die Betriebe zum Überleben bringen. Dazu

¹ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] **Ausnahmegründen.**“ statt „[...] Gründen.“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 7

braucht es einen riesigen Instrumentenkoffer und einen Vorrat, dieses zu organisieren. Wie? – Das wird vielleicht eh noch Gegenstand der Befragungen sein, aber da gibt es natürlich mehrere Möglichkeiten.

Damals hat offensichtlich das Finanzministerium oder eigentlich der Gesetzgeber – das ist ja direkt dorthin gegangen – geglaubt, dass man das mit der Cofag wohl gut hinkriegen könnte oder das zumindest eine gangbare Option ist. Wieweit bessere geprüft worden sind, das weiß ich aus den Medienberichten vom Rechnungshof, ist eine andere Frage; - - hätte ich nur Wahrnehmungen von viel, viel später, wo dann darüber mal gesprochen wurde.

Meine Rolle – apropos vergleichbare Themen –, war dann – die habe ich mir selber arrogiert; ich sage das da –, beim Härtefallfonds mitzumischen. Da ging es ja um die vielen Hunderttausende Einzelpersonenunternehmen, Kleinstunternehmen, neue Selbstständige, die dann dort reinreklamiert wurden, und, und, und. Das hat ein bisschen länger gedauert.

Und da ging die Debatte auch schon immer darum: Wer macht denn das überhaupt? – Finanzverwaltung? – die haben sich massiv gewehrt, ich kann mich gut erinnern; also wurde mir immer zugetragen, ich habe sie ja selber nicht gefragt –; oder die AWS, die Förderbank des Bundes? – nein, viel zu viel Aufwand, das schaffen sie nicht, viel zu viele Anträge, viel zu viele Förderfälle, viel zu viele Einzelschicksale. Und dann ist eben die Wirtschaftskammer beauftragt worden – in der Kurzkurzfassung; ich könnte das, was ich dort wahrgenommen habe, natürlich viel länger ausführen.

Ehrlicherweise war ich selber bei denen, die zuerst gesagt haben: Das muss ja wohl die Finanzverwaltung machen! Ich habe aber Verständnis dafür entwickelt, dass es so nicht kommen konnte. Wie auch immer man das bewertet.

Und das Gleiche hatte ich ja wenige Wochen später – da kann ich aus Vergleichsgründen jetzt aber natürlich authentisch Auskunft geben, da war ich nämlich wirklich dabei: erstens: es zu erkämpfen, zweitens: was das für ein Errichtungsaufwand war, und drittens: die Richtlinien für die Auszahlungen zu organisieren –, der sogenannte Non-Profit-Organisationen-Fonds, weil: das habe ich mir dann irgendwann arrogiert. Mir war das schon zu blöd, das ist wochenlang gegangen: Es ging immer um die Unternehmen, es ging dann um die kleinen



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 8

Unternehmen, wie beschrieben, aber für die Sportvereine, die Kulturvereine und so weiter hat es nichts gegeben.

Da sind wir zuerst als grüne Fraktion der Regierung auch nicht durchgedrungen. Manchmal musst du halt ein scharfes Statement in einer Pressekonferenz machen – jetzt alles abgekürzt –, und dann waren 700 Millionen zur Verfügung. Zuerst hätten sie nur ein paar Millionen rausrücken wollen. Das war ein echtes Match mit dem damaligen Finanzminister, eine echte Auseinandersetzung, das kann man öffentlich nachvollziehen. Nachher haben wir das Budgetpouvoir bekommen, 700 Millionen, und wir gehen an die Errichtung dieses Fonds. Deshalb weiß ich wieder, wie schwierig das war, wo uns die überall hingeschickt hätten. Welche Organisation in dem Staat kann das überhaupt machen?

Am Schluss haben wir uns durchgesetzt und wenigstens das ist bei der AWS gelandet – wenigstens das –, aber die hatten es auch nicht leicht, das zu organisieren, weil es tatsächlich um so viele Förderfälle gegangen ist. Da wird es im Übrigen demnächst einmal einen Rechnungshofbericht geben, dann können wir auch dieses diskutieren. Aus diesen Vergleichen heraus kann ich mir aber schon ein Bild machen, wie das rund um die Cofag gewesen sein muss, wo der Gesetzgeber ja unmittelbar dahinter war und das meines Wissens ja grosso modo jedenfalls auch einstimmig beschlossen worden ist, was gut war – ich will das ja gar nicht kritisieren –, was gut war. *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*

Was ist in so einer Situation die Frage der Verantwortung? – Na, wie vorhin beschrieben: analysieren – aber oft nur innerhalb weniger Stunden –, bewerten und dann entscheiden. Irgendwer muss entscheiden. In der Situation ist alles noch schlechter, wenn du nicht entscheidest. Tausende Entscheidungen innerhalb weniger Tage und Wochen: Passieren da Fehler? – Natürlich, und wenn es ein paar Prozent sind, sind es auch noch zig Fehler. Das hat man ja beim VfGH gesehen, was die Gesundheitsverordnungen betrifft; - - wurde oft zu wenig begründet. Warum? – Weil die Zeit gar nicht da war, hätte ich vermutet. So muss man das, glaube ich, einordnen.

Was aber nützlich und sinnvoll ist – den Eindruck habe ich auch von der Rechnungshofpräsidentin –: die Erfahrungen herzunehmen und zu schauen, wie man das für



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 9

die Zukunft - - wenn jemals wieder – Gott bewahre – so etwas auftaucht, wie der Instrumentenkoffer ist.

Man muss jetzt schon dazusagen – ich komme einmal in die nächste Gerade, die ökonomische Situation –, es hat sich ja relativ rasch herausgestellt: Das war ein Einschlag in die Ökonomie von riesiger Bedeutung. Da war die Finanzkrise 2008/09 eine Kleinigkeit dagegen, nicht einmal im Zweiten Weltkrieg sind so viele Geschäfte auf einmal geschlossen worden – obwohl ich das nicht vergleichen will, das haben auch manche probiert, ich halte das für einen Unsinn; aber nur die Dimension.

Ich habe mir ja erlaubt, immer wo ein Ohr dazustecken oder einmal einen Kommentar abzugeben, dass ich es für niemals ausreichend halten werde, was der Gesetzgeber mit den ersten 4 Milliarden gemacht hat, die da einmal in der ersten Runde gesetzt wurden, sondern Daumen mal Pi wird das mindestens 10 Prozent der Wirtschaftsleistung betreffen, dieser Einschlag in das ökonomische und damit soziale System, eben mindestens 10 Prozent. Das waren aber leicht ausgerechnet 40 Milliarden Euro, und in die Richtung hat es sich ja dann – im Übrigen binnen weniger Wochen – hin entwickelt, und so haben sich eben die Instrumente weiterentwickelt.

Wenn ich mir jetzt den ganzen Koffer anschau: Härtefallfonds, NPO-Fonds, der teilweise auch ökonomisch relevante Dinge betroffen hat, weil ja viele Sozialfirmen, wenn man so will, die ganz wichtig für das soziale Leben sind – heißen ja schon so –, als Dach unter gemeinnützigen Vereinen gearbeitet haben - - Wenn ich jetzt schau: Dieser Fonds hat circa 850 Millionen ausgeschüttet – ich habe das immer im Detail runtergepredigt –, der Härtefallfonds über die Wirtschaftskammer 2,4, 2,5 Milliarden. Wenn man das jetzt mit den anderen zusammensetzt, dann verschieben sich auch viele Statistiken, die da in der Öffentlichkeit gemacht werden, und die Kurzarbeit muss man sowieso dazuzählen, das ist ja ein Nutzen für Unternehmer, ob groß oder klein, und für Arbeitnehmer. Wenn wir einmal eine volkswirtschaftliche Betrachtung so anstellen - -

So habe ich im Übrigen meine Rolle in diesen Pressekonferenzen immer verstanden, ich habe die jetzt nachgelesen, wie ich das gesehen habe, was da gemacht wird, weil es ja nicht meine



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 10

originäre Kompetenz war, aber - - Ich will ja gar nicht sagen, dass ich es nicht kommentiert hätte oder mich da oder dort sogar beteiligt hätte, insbesondere natürlich, wo ich selber zuständig war.

Aus diesem Grund hat auch der Nationalrat – um den nächsten Sprung zu machen – einen Entschließer, wie man hier sagt, denke ich, gemacht: Wie kann das Ganze evaluiert werden, nämlich jetzt nicht der gesundheitspolitische, der ökonomische Teil dieser Maßnahmen? Es wird ja nicht unbekannt sein – (*in die Unterlagen blickend*), ich habe das natürlich alles hier mit, die Wifo-Studie, die daraus hervorgegangen ist –: In der Kurzkurzkurzfassung wird da für zwei Jahre attestiert, dass – wenn man bei den ganz relevanten Zahlen anfangen würde – über 200 000 Arbeitsplätze gesichert wurden, die sonst weggefallen wären, basierend auf sozusagen Liquiditätsengpässen und einer Insolvenzwellen von 11 Prozent der gesamten Unternehmen.

Das ist mega, das ist riesig, das hat es vorher nie gegeben. Das war sozusagen das Baseline-Szenario, wenn man nichts gemacht hätte. So gesehen kann man dann immer noch darüber streiten, was gescheiter gewesen wäre – selbstverständlich –, dem verschließt sich ja kein vernünftiger Mensch, aber es war was zu tun, sonst wäre das die Konsequenz gewesen.

In der Gesamtbetrachtung hat jedenfalls das Wirtschaftsforschungsinstitut, das jetzt nicht den allerschlechtesten Ruf hat, unterm Strich sogar noch für alles, für dieses Bündel Kurzarbeit und Corona – die haben eh nur die beiden angeschaut, die anderen habe ich jetzt noch hinzugefügt, die verschieben das Ergebnis ja noch mal –, ein gutes Zeugnis ausgestellt, denke ich, dieses, was ich gesagt habe, alles abzuwenden. Damit den Einschlag geringer zu halten oder den Wirtschaftsaufschwung, den hoffentlich bevorstehenden Aufschwung größer zu machen, ist damit auch erreicht worden.

Entschuldigt da meinen Zugang, aber als Makroökonom oder Umweltökonom bin ich da halt sehr verhaftet, wie man hört. Dass wir mit dieser Art und Weise – es war natürlich ein Budgetdefizit einzugehen –, mit 1 Prozent dieser Defizite 0,7 bis 1 Prozent mehr Wirtschaftsleistung im Folgejahr angefacht haben – das sind ganz normale Schätzrechnungen, die in der Branche üblich sind, und man kann ja auch schauen, wie das das Wifo gemacht



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 11

hat –, da meine ich schon, dass man das bei allen Bewertungen im Gesamtblick sehen sollte; und das waren ja die Hauptziele, die verfolgt wurden.

Also ich hätte nicht erkannt – um auf den U-Gegenstand zu kommen –, dass ein spezielles Instrument konstruiert worden wäre, um irgendwen von einem Projekt Ballhausplatz extra was zugutekommen zu lassen; das hätte ich nicht erkannt, um das vorwegzunehmen.

Mir war es ja zu der Zeit überhaupt nicht einmal bekannt, by the way, aber die Konsequenzen des Bekanntwerdens sind ja wiederum auch nicht verborgen geblieben. Das, glaube ich, kann man dort der Cofag, den handelnden Organen, diversen Verantwortungsträgern im Finanzministerium dann doch nicht unterstellen. – Ich will das gleich einmal zur Einrahmung vorwegnehmen. Trotzdem kann man immer vieles besser machen, na selbstverständlich, aber man muss da immer die Zeiträume vor Augen haben.

Was, glaube ich, jetzt schon noch besonders relevant werden könnte für die Zukunft und wie solche Hilfsinstrumente überhaupt auszudeuten oder zu verstehen sind, wenn es um das Abwenden von solchen Wirtschaftseinbrüchen geht: Von welchen Begriffen reden wir überhaupt? – Mit Verlaub, ich darf anmerken: Das betrifft auch diesen Ausschuss; es geht komplett durcheinander: Was ist ein Gewinn? Was ist ein Übergewinn? Was ist eine sogenannte Überförderung? – Das wird noch spannend. Was ist das überhaupt?

Oder ist es nicht doch so, wie der Verfassungsgerichtshof gesagt hat – da komme ich jetzt abschließend hin –, als er nämlich das Ganze angeschaut hat – und im Übrigen einige Punkte aufgehoben hat; das muss ich hier nicht referieren, außerdem kenne ich eh nur die Presseaussendungen –, hat er eine entscheidende Definition vorgenommen: Dort, wo nämlich der Rechtsanspruch nicht bestanden hat – was eh ein Fehler ist, denke ich; okay, das wäre so ein Fehler, ja –, hat er doch ganz klar erkannt, dass der Gesetzgeber – Sie, hier – offensichtlich dem gleichzeitig ausgesetzten Epidemiegesetz irgendwas hinterherschicken wollte. Deshalb ist es sozusagen schlecht oder inakzeptabel, wenn der Rechtsanspruch gecancelt wird; aber vielmehr noch, für die Begriffsentwirrung jetzt – Entwirrung hoffentlich – geht es ganz offenkundig – und der VfGH sagt das wortwörtlich – um Entschädigungszahlungen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 12

Ja, Damen und Herren, Entschädigungszahlungen sind ganz was anderes als Gewinnbegriffe, da ist es - - auch als Liquiditätsbegriffe, obwohl da mit dem Rechtsrahmen der Europäischen Union dann einiges durcheinanderkommt. Ich verstehe das schon, das habe ich mir im Übrigen alles im Nachhinein angeschaut. Eine Entschädigungszahlung hat aber überhaupt nichts damit zu tun, wer wie liquid oder illiquid ist, das sagt ja schon das Wort.

Was passiert? – Es gibt das Virus, es gibt die Pandemie, es sind die Menschenleben zu retten, es gibt die Kontaktbeschränkung, die Geschäfte werden zugesperrt, jetzt: Der Staat, der die Geschäfte zusperrt, muss diese entschädigen. Da ist an der Stelle überhaupt nicht relevant, ob der gerade liquid ist oder nicht, sondern der ist zu entschädigen, und zwar zu Recht, wie ich meine; jedenfalls habe ich das immer so ausgelegt. Deshalb sind diese Zuschussinstrumente auch entlang eines solchen Koordinatensystems zu bewerten.

Wenn wir immer darauf gewartet hätten: Wer ist denn eigentlich schon gerade nicht mehr liquid, wer kippt denn morgen schon über die Kante runter?, na dann würden wir heute nicht mehr so dasitzen, denn dann wäre unsere Volkswirtschaft auch gleich als ganze über die Kante gekippt. Es musste also ein weiteres Kriterium angewendet werden, nicht bloß nur die Abwendung von Insolvenzen.

Es ist sogar aus dem beihilferechtlichen Rahmen der Europäischen Union das Gegenteil der Fall. Die wollen ja unterbinden, dass Unternehmen in Schwierigkeiten, heißt es dort, glaube ich, übersetzt jedenfalls, dass diese - - und das Finanzministerium hat das dann so in die Richtlinie gegossen, denke ich, das weiß ich alles nicht so genau: Wenn du am 31.12.2019 ein Insolvenzverfahren hattest, oder aber die Voraussetzung dazu schon erfüllt hättest, dann darfst du gar nicht in die Förderung hinein. Es hat sich also die Frage von der umgekehrten Seite ja mindestens so drängend gestellt. Da durchzunavigieren und wer das im Nachhinein immer besser weiß – da sage ich: Na gratuliere!

Es geht also darum, Entschädigungszahlungen an die zu Entschädigenden zu bringen, und das kann man jetzt mit verschiedensten betriebswirtschaftlichen Methoden machen, oder Erkenntnissen und dann auch Rechtsakten. Und man muss, und das war mein Zugang, immer



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 13

auch die Gesamtwirtschaft im Auge haben, denn daran hängt ja das Sozialleben. Das war unsere Aufgabe – jedenfalls sehe ich meine so.

Dass wir das jetzt – ein kleines Bonmot zum Schluss – überhaupt so diskutieren können – für viele, viele, viele Einzelfälle oder auch in der Öffentlichkeit –, das, denke ich, hängt auch damit zusammen, dass wir eine Transparenzoffensive gestartet haben, wie sie noch nie da war – beginnend beim NPO-Fonds. Da wollte man mich hindern, selbst das Justizministerium. Ich hätte² gesagt, ich stelle alle Förderungen offen, und ihr kommt mir immer mit dem Datenschutz. – Ich mache das jetzt. Irgendwann hat man gesagt: Na, dann machen wir halt ein Gesetz, um diesen Konflikt auszuräumen! – wenn es denn einer wäre. Ich hätte eh keinen erkannt.

Das hat auch befeuert, dass man das für die Cofag machen musste; denn wie hätte denn das ausgeschaut? – Der Kogler kommt daher und veröffentlicht alles über eineinhalbtausend Euro, was ist mit den Zigtausenden in der Cofag?

Also das nenne ich noch meine kleine Erfolgsgeschichte zum Abschluss, und deshalb können wir das hier jetzt auch offensiver diskutieren, als wir es denn sonst hätten können. – Vielen Dank.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Vielen Dank für diese einleitende Stellungnahme.

Ich darf nun die Frau Verfahrensrichterin um die Durchführung der **Erstbefragung** ersuchen. – Bitte schön.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Herr Vizekanzler, das war jetzt echt einmal ein plastischer Rückblick auf die vergangenen Jahre. Gott sei Dank sind sie vorbei! Es war spannend. Danke.

² Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „Ich **hatte** gesagt, [...]“ statt „Ich hätte gesagt, [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 14

Trotzdem muss ich Ihnen jetzt diese quasi administrativ-technischen Fragen stellen. Sie kennen ja den Cofag-Bericht vom Rechnungshof. Oder kennen Sie ihn nicht?

Mag. Werner Kogler: Nein.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich kann Ihnen bitte die Pressemitteilung vorlegen. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Mag. Werner Kogler: Ich kenne nicht den ganzen Bericht, ich kenne die eine oder andere Empfehlung.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ja. Kompakt hat der Rechnungshof eine Pressemitteilung herausgegeben, und nach dem Abbag-Gesetz sind Sie ja zumindest - - Sie waren in der Anfangsphase sicherlich auch gesetzlich involviert oder beteiligt, und daher würde ich Sie gerne zwei Dinge fragen.

Die zwei Überschriften auf der ersten Seite: einerseits das beträchtliche „Überförderungspotenzial“, das der Rechnungshof festgestellt hat, aber ursprünglich, die zweite Unterschrift am unteren Teil der Seite, die „Fachexpertise der Verwaltung einbeziehen“. Ist Ihnen das bewusst gewesen, können Sie dazu etwas beitragen, dass der Vorwurf erhoben wurde oder die Kritik vom Rechnungshof erhoben worden ist, dass das Finanzministerium sich bei der Gründung und auch bei der Richtlinienerstellung nicht der Fachexpertise, die vorhanden gewesen wäre, sei es in der Linienorganisation des Ministeriums oder auch der Finanzprokuratur, bedient hat, sondern hauptsächlich das Kabinetts oder externe Unternehmen oder sonst irgendwie außenstehende Personen - - dadurch auch viel Geld gekostet hat und das vorhandene Fachwissen insofern zu kurz gekommen ist. Können Sie das nachvollziehen?

Es ist auch vom Rechnungshof berücksichtigt worden, dass es eine Ausnahmesituation war, dass das dramatische, schnelle Entscheidungen erfordert hat. Und dennoch hat man gesagt, man hätte das in dieser Weise quasi besser machen können.

Mag. Werner Kogler: Ja, diese Passage vom Rechnungshof habe ich tatsächlich gelesen, wo er, glaube ich, von Balance schreibt. Ökonomen, wir haben immer gesagt: Trade-off; denn



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 15

entweder du bist schnell und du nimmst alle möglichen mini, größeren Kollateralschäden in Kauf, aber du bist einmal dem Ziel näher, oder umgekehrt: Je detaillierter du das machst und, wie manche sagen, treffsicherer, desto länger dauert es halt. Aber die knappste Ressource war Zeit, aber ganz sicher. In dem Zusammenhang versuche ich dann aber auch zu unterscheiden.

In diesen Tagen – also meines Erachtens ging das von Freitagnacht auf Samstag und dann Sonntag –, in dieser kurzen Spanne kann ich aus eigener Wahrnehmung überhaupt null beitragen, weil ich noch nicht einmal gewusst habe, dass dieses geschaffen wird, so in dieser Konstruktion. Ich habe nur irgendwann einmal im Kanzleramt –wir waren ja eigentlich Tag und Nacht im Kanzleramt – mitbekommen, dass sich da Menschen treffen, die sich um sowas wie eine Gesellschaft kümmern. Ja, das habe ich mitbekommen.

Wieweit das jetzt allen möglichen Anforderungen oder Kriterien genügt, ist eine nächste Frage. Da kann ich nur was beitragen - - ich habe das einmal versucht, im Übrigen, es am Anfang auseinanderzudröseln, wie ich es rückgeschlossen habe, oder wie manche Wochen oder Monate später gesagt haben, wie das denn damals war, nämlich zwischen 13. und 15. Im Übrigen hat ein Mitarbeiter der Grünen, der sich darum gekümmert hat, glaube ich, überhaupt erst Freitag spätabends ein Mail bekommen, wo die Abbag erwähnt wurde, aber da waren hundert andere Mails auch, genau zu dem Streitfall Ausgangssperre oder Ausgangsbeschränkung.

Wieweit das da alles eingeholt wurde, kann ich nicht sagen. Offensichtlich ist dem Rechnungshof jedenfalls nicht ausreichend viel vorgelegt worden. Er bemängelt im Übrigen immer - - ich kenne das ja aus Prüfungen bei mir und ich war 13 Jahre Vorsitzender des Rechnungshofausschusses hier im Haus, dass er erst mal immer schaut: Wie ist die Dokumentation? Jetzt kann man sagen: Selbst wenn alles so schnell gehen muss, nämlich binnen Stunden oder Nächten, braucht man auch eine Dokumentation, oder man hat halt ein bisschen Verständnis dafür, dass das genau in der Situation halt schwierig ist. Aber natürlich könnte man im Nachhinein schon Vermerke anfertigen, die das rekonstruierbarer machen. Dafür habe ich jedes Verständnis, weil ich das ja kenne.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 16

Die Gründe, die dafür gesprochen haben könnten, wie vorgegangen wurde, wie es nämlich dann auch passiert ist, weiß ich nicht genau. Ich habe nur den Eindruck gehabt, dass die - - weil die Idee kommt einem natürlich, mir ja dann später auch, ja: Wieso eigentlich nicht die Finanzverwaltung? Aber wenn es denn so gewesen wäre, wie ich es beim Härtefallfonds festgestellt habe – oder auch bei meinem, denn das war ja auch nicht ausgeschlossen –: das war ein derartiger Widerstand, dass es besser war, eben um zu helfen, eine andere Lösung zu finden. Ob die Finanzverwaltung immer das Gescheiteste gewesen wäre, weiß ich nicht. Beim NPO-Fonds bin ich froh, dass wir es so gemacht haben, wie wir es gemacht haben.

Diese Kritik des Rechnungshofes, wie sie – gar nicht wegen der Presseaussendung – medial wiedergegeben wurde, kenne ich zum Teil und sie ist mir auch zum Teil nachvollziehbar. Das war ja die Frage.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Also das heißt, wenn ich es kurz auf den Punkt bringe: Ist Ihnen aus eigener Wahrnehmung aus dieser Zeit ein Vorgang oder eine Entscheidungsfindung in Erinnerung, von der Sie schon zu dem Zeitpunkt gedacht haben: Also so geht es gar nicht, oder das würde ich jetzt nicht, oder das ist falsch, das könnte man besser machen oder das sollte man so nicht machen? Oder haben Sie diese Wahrnehmung nicht?

Mag. Werner Kogler: Nein, gar nicht. Ich habe nicht einmal richtig, glaube ich, mitbekommen, wie denn die Konstruktion, die Voraussetzung für – ja hundertprozentig notwendige – Wirtschaftshilfen sein wird. Das war ja klar, dass da was passieren muss. Aber wie oder was, dort war ich nicht. Das war zu dem Zeitpunkt nicht meine Aufgabe.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Dann darf ich eine allerletzte Frage stellen und ich frage Sie ganz bewusst ganz banal, weil ich keine Expertin bin, und ich frage jetzt so von der Leber weg: Es gibt, ich weiß nicht, eine Kritik, die da vorkommt, dass vom Rechnungshof im Rahmen des Überförderungspotenzials kritisiert wird, dass es eine – heute schon mehrfach besprochene – Konzernbetrachtung nicht gegeben hat. Jetzt frage ich ganz banal – in der Richtung bin ich gar keine Expertin, dann denke ich mir –: Wenn es so eine Konzernbetrachtung nicht gibt, ist die logische Folge, dass Konzerne begünstigt werden. – Ist



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 17

das nicht so? Kann man sich das nicht fragen? Wäre das nicht etwas, was man sich von vorherein auch schon quasi laienhaft hätte denken können?

Mag. Werner Kogler: Na ja, das hängt davon ab, und so ist es ja, glaube ich, auch von anderen betrachtet worden, ob es hier - - Im Übrigen geht es um wirtschaftliche Einheiten und verbundene Unternehmen, das muss nicht immer gleich ein Großkonzern sein, denn die jetzige Thematik weist ja darauf hin, dass da auch viele betroffen sind, durch das Zurückhalten der Auszahlungen und so weiter, die jetzt überhaupt nicht dem entsprechen, was man Konzern nennt.

Da geht es aber darum, denke ich, dass es einen Unterschied macht, ob ich ein Betrieb, eine Handelskette, ein Produktionsunternehmen bin, das quer über Österreich das Gleiche macht – verkauft, z. B. –, oder ob ich unter meinem Dach typischerweise – so wurde es mir ja auch nahegebracht, aber auch erst die letzten Monate, im Übrigen – ein Reisebüro habe, das gleichzeitig ein Busunternehmen hat, das gleichzeitig noch irgendwas Artverwandtes hat. Da ist ein Riesenunterschied.

Ich nenne es gleich beim Namen: Bin ich der Mediamarkt, wo das ja überall gleich abläuft – das gibt es ja auch in der Wirklichkeit, ich hoffe, ich verletze da keine Geheimnisse, es wird ja diskutiert –, oder – und da haben wir die Probleme mit der Abgrenzung zum Hartlauer, der eben anders organisiert war – bin ich eben so was, wie ich vorhin beschrieben habe?

Von da her ist gar nicht eindeutig, was hier richtig und gerecht wäre, denn wenn nämlich eine Dachgesellschaft eines kleinen oder mittleren Unternehmens existiert – die gibt es nämlich wirklich –, die dann darunter wieder eine Gesellschaft für Reisebüro, für Busunternehmen und für noch irgendwas haben – also genau den Fall gibt es wirklich, mehrere sogar –, dann – zumindest erschließt es sich mir so –, glaube ich, muss man da ein bisschen vorsichtiger sein.

Im Übrigen führt ja die Frage, finde ich, auch dorthin: Ja wie ist denn das überhaupt mit der Einhaltung oder mit den Vorgaben? Ich gebe zu, die Interpretation unionsrechtlicher Beihilferahmen ist doch auch eine entscheidende Frage, weil: das Problem ist ja wirklich nur aufgetaucht, und so ist es im Übrigen mir zu gekommen – gerne auch eine Antwort darauf –, dass im Spätsommer des Vorjahres erst, denke ich, also 2023, bei einem Telefonat mit dem



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 18

Herrn Finanzminister über viele Dinge, vor allem über Inflationsbekämpfung und darüber, wie wir da jetzt mit den Banken und diesen Zinsspreads tun, - - er da mehrere Punkte hinten drangehängt hat: Du, da gibt es das und das auch noch. – Einer davon war dieses.

Ich habe es zuerst gar nicht richtig kapiert, ich habe nur verstanden: Oh, he, da müssen wir einfach alles so stellen, wie es sonst gewesen wäre, was technisch gar nicht so einfach ist, deshalb gibt es ja die aktuellen Debatten. Aber ich habe vernommen, dass das aktuell gar nicht U-Gegenstand ist, weil: kein abgeschlossenes Verwaltungshandeln der Regierung. Wie dem auch sei – dazu kann ich auch gerne was sagen –, es ist jedenfalls viel komplizierter, als sich das viele vorstellen. Daran erkennt man schon, dass es damals vielleicht auch für das Finanzministerium schwierig war, diese unionsrechtlichen Vorgaben richtig auszudeuten.

Ich habe mich natürlich im Nachhinein informiert und habe erkannt, dass die Kommission sich, denke ich, sogar schon einmal viel früher beim Wirtschaftsministerium gerührt hat, und das hat dann seinen Verlauf genommen. Ich habe nur öfter schon bei Minister Blümel gemerkt, dass er, wenn es um die Union gegangen ist, irgendwie unrund war, er konnte mir aber selten sagen, was das jetzt wirklich war, weil es immer einen Struggle gegeben hat, in mehreren Punkten. Da kann man auch in anderen, artverwandten - - Das kann man auch öffentlich nachlesen, wie sich der Botschafter der Kommission, Selmayr, mal öffentlich eingemischt hat: Es sollen alle einmal an den Tisch kommen und ihr Hirn einschalten – frei übersetzt. – So gesehen reiht sich das im Prinzip dort ein.

Insofern würde ich vermuten – aber auch nur vermuten –, dass man als Finanzministerium den Unternehmen sozusagen Gutes tun wollte und das so ausgelegt hat. Es ist auch wirklich aus dem Unionsrecht heraus nicht immer gleich einfach, zu sagen, was eine wirtschaftliche Einheit ist oder nicht. So eindeutig dürfte das nicht gewesen sein. Aber jedenfalls hätte man zur Vorsicht mahnen können.

Tatsächlich – ich habe mich auch da erkundigt – war es ja so, dass, nachdem das ja alles Verordnungen waren, die ja in die Regierungskoordination müssen, wo also auch sozusagen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von uns zumindest mit eine Rolle spielen können, diese, obwohl wir dafür grundsätzlich nicht zuständig waren, nachgefragt haben, ob diese



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 19

Maßnahmen – jetzt nicht jeden Tag, aber so habe ich es mir eben auch jetzt erst berichten lassen – überhaupt jeweils den unionsrechtlichen Vorgaben entsprechen. In dem Fall dürfte es so gewesen sein, dass das Finanzministerium zumindest geglaubt hat, einen Interpretationsspielraum zu haben.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank. – Ich möchte damit meine Erstbefragung beenden, danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Vielen Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Für die Befragung der Auskunftsperson Vizekanzler Mag. Werner Kogler wurde zwischen den Fraktionen vereinbart, dass die Befragungsdauer der einzelnen Fragerunden halbiert wird. Somit ergibt sich folgende Redezeitvereinbarung: in der ersten Fragerunde 3 Minuten pro Fraktion, in der zweiten Fragerunde 2:30 Minuten pro Fraktion, in der dritten Fragerunde 1 Minute pro Fraktion.

Im Sinne dieser Redeordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hafenecker das Wort. – Bitte schön.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Herr Vizekanzler, ich habe ja in den letzten eineinhalb Stunden – inklusive Ihres Pressestatements – schon die Gelegenheit gehabt, eine ausführliche Beschreibung der Situation von Ihnen zu hören. Ich möchte deswegen gleich in medias res gehen, Herr Vizekanzler. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Herrn Marc Schimpel beschreiben?

Mag. Werner Kogler: Ich weiß nicht, ob da Verhältnis das richtige Substantiv ist, ich kann Ihnen aber die Abfolgen sagen, wenn Sie auf einen der Geschäftsführer anspielen – das ist ja evident.

Ich kenne ihn selbstverständlich, allerdings erst seit Ende 2015, als er sich beim Grünen Klub beworben hat, für eine Funktion als Finanzreferent des Grünen Klubs, der verschiedene Aufgaben hatte, unter anderem und vor allem – und deshalb hat es für die Fraktion und für



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 20

mich persönlich so pressiert – beim damaligen, im Übrigen mittendrin befindlichen Untersuchungsausschuss – nach dieser Ordnung hier eben dann schon – Hypo Alpe-Adria mitzuwirken.

Der Vorgänger hat sich entschieden – das weiß ich gar nicht, ich glaube –, nach Brüssel oder in die Europäische Zentralbank zu gehen – so was wohl. Das konnte man dem ebenfalls sehr bewährten Vorgänger natürlich nicht verwehren, also hatten wir ganz dringend Bedarf. Marc Schimpel ist hier als Bestgeeigneter hervorgegangen. Warum – und das spielt heute auch eine Rolle –? – Weil er von der Kommunalkredit gekommen ist.

Wer ist das nun wieder und was ist das nun wieder? – Eine Bank, wenn man so will, ist es weniger, es ist eher eine Förderinstitution. Er hat sich ja dort mit Fällen von Förderungen, von Hilfen und Ähnlichem mehr beschäftigt. Das war Grund genug – vor allem vor dem Hintergrund des Hypo-Alpe-Adria-Ausschusses –, ihn zu nehmen. Es hat dann auch sensationell funktioniert: Ich kann nur die Lektüre dieses Fraktionsberichtes empfehlen, da werden Sie seine Kompetenz erkennen – nicht gut für die FPÖ.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Herr Vizekanzler, wir sind gemeinsam in diesem Untersuchungsausschuss gesessen.

Mag. Werner Kogler: Noch besser. – Jetzt aber die weitere Abfolge – ich nannte es hier Abfolge –: Wir als Fraktion – damals war ich ja Abgeordneter – haben ja, aus welchen Gründen immer, das Schicksal erlitten, 2017 bis 2019 im Nationalrat nicht dabei zu sein. Deshalb wurde der Klub aufgelöst. Von dem Abend der Nationalratswahl oder vom nächsten Tag weg war meine Aufgabe – auch das ist, glaube ich, nicht ganz unbekannt – ausschließlich, mich um die Partei zu kümmern.

Apropos Insolvenz: Wir standen unmittelbar davor. Darauf will ich da natürlich nicht eingehen, aber der Klub wurde innerhalb von wenigen Monaten von ganz anderen Personen als von mir, wenn man so will, abgewickelt. Deshalb sind dort alle Beschäftigungsverhältnisse erloschen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 21

In der Folge ist es so gewesen, dass ich Herrn Schimpel überhaupt nie mehr getroffen habe, außer ein einziges Mal in diesen Jahren 2018, 2019 bei, glaube ich, irgendeiner Veranstaltung, wo es um die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie ging – mein Leibthema, wie Sie wissen. Da sind wir uns begegnet, aber es hat nicht einmal zu einem Gespräch geführt.

Als dann – und jetzt hier – die Cofag schon eingerichtet war – da ist gar nicht so viel Zeit vergangen, glaube ich –, ist bei mir vorbeigekommen - - - aber auch zwischen Tür und Angel und wieder im Kanzleramt –, ob denn Marc Schimpel geeignet sei oder ob man das weiterleiten solle, dass er für diese Geschäftsführungsfunktion geeignet ist, was ich bejaht habe – in Kenntnis dessen, was er für Kompetenzen hatte, weil es genau für diese Aufgabe aus meiner Sicht wieder genau gepasst hat.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Herr Vizekanzler, wer ist da an Sie herangetreten, dass man Herrn Schimpel für die Cofag nominieren sollte?

Mag. Werner Kogler: Herangetreten ist fast schon zu viel: Wie ich gesagt habe, war das en passant im Kanzleramt. Ich kann mich sogar noch an die Räume erinnern. Das war – der Kollege, in dem Fall – Mag. Felix Ehrnhöfer.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Das ist der Kabinettschef von Frau Gewessler.

Mag. Werner Kogler: Ja, das war er damals, glaube ich, schon, ja.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Und wissen Sie - -

Mag. Werner Kogler: Er hat den Namen vorgeschlagen – oder zumindest aufgebracht –, und ich habe gesagt: He, der ist kompetent, ja.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Wissen Sie, warum das Kabinett Gewessler oder der Kabinettschef von Frau Gewessler darauf gekommen ist, Herrn Schimpel da jetzt an Sie heranzutragen?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 22

Mag. Werner Kogler: Nein, eigentlich nicht, außer dass er vielleicht zurückgedacht hat: Wer hat denn wann und wo eine kompetente Rolle gespielt? – Das kann ich aber gar nicht sagen, weil ich ja für mich mein Urteil getroffen habe. Ich bin allerdings gar nicht einmal selber darauf gekommen.

Man muss sich das damals ja so vorstellen – weil Sie sozusagen die Kabinettszugehörigkeit monieren –: Das war ja eine Zeit, wo alle in der Regierung haben zusammenhelfen müssen und sich mehr oder weniger im Bundeskanzleramt versammelt haben. So habe ich das jedenfalls in Erinnerung.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Also dass er vorher im Grünen Klub gearbeitet hat, hat in dem Sinn keine Rolle gespielt.

Mag. Werner Kogler: Na es hat insofern eine Rolle gespielt, als ich feststellen konnte, dass er erstens, wie ich schon ausgewählt³ habe, hervorragende Kenntnisse im Bereich des Förderwesens, des Finanzwesens und Ähnliches mehr hatte. Das ist ja wohl das – obwohl ich ehrlicherweise immer noch nicht genau gewusst habe, wofür die Cofag gut ist –, was man da erwarten darf: dass es um Förderkonstruktionen gehen wird.

Im Übrigen, weil das da immer insinuiert wird – auch das kann man abkürzen –: Ich habe weder Ende 2015 danach gefragt, ob Herr Schimpel ein grünes Parteibuch hat, noch während er dann diese knappen zwei Jahre im Grünen Klub ein Beschäftigungsverhältnis hatte, noch danach und dann frisch wieder nicht. Ich habe mich aber jetzt erkundigt: Ich darf Ihnen mitteilen, er ist kein Mitglied der Grünen, nie gewesen.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Das habe ich auch nicht gesagt.

Mag. Werner Kogler: Eh nicht, aber - -

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Aber grünes Umfeld kann man sagen, wenn er bei Ihnen im Klub gearbeitet hat?

³ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] schon **ausgeführt** habe, [...]“ statt „[...] schon ausgewählt habe, [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 23

Mag. Werner Kogler: Erstens ist das eine Bezeichnung, die Sie getroffen haben, zweitens halte ich die für völlig zutreffend.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Wir haben jetzt vorhin beim Herrn Minister außer Dienst Blümel gehört, dass er unbedingt haben wollte, dass der Koalitionspartner auch Teil der Cofag wird. Er hat ja vorhin ausgesagt, dass er haben wollte, dass man sich da abstimmen kann, weil man das ja gemeinsam stemmen musste. Jetzt möchte ich von Ihnen wissen: Gab es diesbezüglich Absprachen mit der ÖVP?

Mag. Werner Kogler: Was meinen Sie jetzt mit Absprache – zu welchem Vorgang?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Na ja, zu den beiden Cofag-Vorständen: Also einmal wird es der Kickl, einmal wird es der Kogler, und hat man da miteinander Namen ausgetauscht?

Mag. Werner Kogler: Das kann ich Ihnen auf diese Art und Weise nicht beantworten, da müssten wir Mag. Ehrnhöfer fragen, wie das zustande gekommen ist, aber ich bin nicht darauf angesprochen worden. Die einzige – quasi – Begegnung, im wahrsten Sinne des Wortes, die ich mit diesem Personalthema hatte, habe ich vorhin beschrieben. Da war genau keine Absprache mit mir.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Wem konkret haben Sie dann Herrn Schimpel vorgeschlagen? Wem gegenüber haben Sie gesagt, der soll das jetzt werden?

Mag. Werner Kogler: Ich habe genau niemanden vorgeschlagen, das bin ich gefragt worden. Man müsste Mag. Ehrnhöfer fragen, wo er denn das weitergegeben hat – wahrscheinlich zu denen hin, die dann vom Gesetz her oder von Satzung wegen aus der Abbag oder aus der Cofag heraus dafür zuständig sind.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Aber die Cofag ressortiert ja zu Ihnen und nicht ins Verkehrs- und Klimaministerium, also was hat Herr Ehrnhöfer damit zu tun?

Mag. Werner Kogler: Wieso ressortiert die Cofag zu mir? Das bestreite ich vehement.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 24

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Na Sie haben es ja mit unterschrieben.

Mag. Werner Kogler: Was habe ich unterschrieben?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Die Abbag-Novelle, die dann zur Cofag geführt hat.

Mag. Werner Kogler: Ich hätte geglaubt, dass das ein Initiativantrag im Nationalrat war, da sind Nichtnationalräte – das war ich ja damals nicht – oder Regierungsmitglieder nicht aufgefordert und nicht eingeladen, irgendwelche Unterschriften zu geben. Wenn Sie eine finden, war es eine Fleißaufgabe.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Das führt uns ja trotzdem nicht an der Frage vorbei, warum Herr Ehrnhöfer entscheidet, dass Herr Schimpel jetzt dann dort Vorstand wird.

Mag. Werner Kogler: Das ist eine völlig andere Frage. Ich weise noch einmal zurück, dass ich da irgendwas unterschrieben hätte – jedenfalls ist mir das nicht Erinnerung.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Zu den Dingen, die Sie nicht unterschrieben haben, kommen wir dann zum Schluss: Das sind die letzten Verordnungen.

Noch einmal: Wie kommt Herr Ehrnhöfer dazu, Herrn Schimpel zu nominieren?

Mag. Werner Kogler: Ich vermute – ich möchte das abkürzen, ich möchte noch mehr Fragen beantworten – aus all diesen Gründen, die ich Ihnen vorhin genannt habe – andere würden mir jetzt nicht einfallen. Die sind aber ein hochgradiger Kompetenzausweis.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Hat es einen Sideletter mit der ÖVP bezüglich der Cofag-Besetzung gegeben?

Mag. Werner Kogler: Meines Wissens nicht.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen dazu?

Mag. Werner Kogler: Auch nicht – dann hätte ich es Ihnen eh schon gesagt.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 25

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Ich lege Ihnen das Dokument 001 vor. Das ist ein Artikel aus dem „Standard“, wo Herr Hanger von der ÖVP von Postenschacher im Zusammenhang mit den Grünen spricht.

Mag. Werner Kogler: Aha, und wie geht das jetzt? Ich muss mich entschuldigen, ich bin noch old school, ich kenne nur diese Zettelvorlage.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Außerhalb der Redezeit: Die waren mir auch lieber. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Mag. Werner Kogler: Was soll ich mir da anschauen?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Über dem Foto, wo Sie drauf sind, steht eine Überschrift: „ÖVP attackiert grünen Vizekanzler Kogler wegen ‚Postenversorgung‘“. *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*

Mag. Werner Kogler: Ja, und? *(Heiterkeit bei den Grünen.)* Was ist die Frage?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Na ja, da moniert Kollege Hanger beziehungsweise die ÖVP unter anderem – das ist mit den Zetteln wirklich besser gegangen – : „Als weitere Beispiele nennt der VP-Mandatar den ehemaligen Grünen-Abgeordneten Dieter Brosz, der Sport-Abteilungsleiter in Koglers Ministerium wurde, den ehemaligen Büroleiter des Grünen Klubs Marc Schimpel, der Geschäftsführer der Cofag wurde“, und so weiter und so fort.

Also die ÖVP moniert hier generell grünen Postenschacher. Was haben Sie dazu für Wahrnehmungen?

Mag. Werner Kogler: Na soweit es den Untersuchungsgegenstand betrifft, muss man das ja wohl auf Mag. Schimpel eingrenzen, und die Wahrnehmungen hätte ich Ihnen, denke ich, ausreichend gesagt. Er war nie ein grünes Mitglied und ist gleichzeitig höchst kompetent – eine seltene Kombination. *(Abg. Krainer: Jetzt ist er knapp an der Falschaussage!)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 26

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Ja, aber wie kommt dann Ihr Koalitionspartner dazu, das zu behaupten?

Mag. Werner Kogler: Das müssen Sie diejenigen fragen, die solche Überschriften generieren. (Abg. **Tomaselli:** *Wo ist denn der Hanger?*) Ich sehe eigentlich nur „Postenversorgung“ – unter Anführungszeichen.

Vielleicht müsste man auch den „Standard“-Redakteur fragen – sehen Sie, jetzt kann ich schon einmal etwas lesen –, Steffen Arora. Vielleicht muss man den fragen.

Ich kann Ihnen aber auch gerne etwas zu Herrn Brosz sagen, nur glaube ich, schön langsam ist mir selber schade um die Zeit, ehrlicherweise, und wir schwimmen 7 000 Kilometer vom Untersuchungsgegenstand weg – Entschuldigung, dass ich mich da gleich selber moderiere. (Abg. **Hafenecker** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zur Geschäftsbehandlung, Herr Abgeordneter Hafenecker, bitte.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Danke, Herr Vizekanzler, wer jetzt wem Zeit stiehlt, nachdem Sie vorhin eineinhalb Stunden ein Privatissimum gehalten haben, können wir dann später diskutieren, aber ich würde bitten, dass Sie sich wenigstens jetzt die 1:10 Minuten noch gedulden, wo ich Ihnen noch Fragen stelle. Ich habe sowieso den Glauben daran aufgegeben, noch in eine zweite Runde zu kommen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung? – Wenn das nicht so ist, dann bitte ich, mit der Befragung fortzufahren. – Danke schön.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 27

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Heißt das jetzt im Umkehrschluss, dass Kollege Hanger und seine anderen Freunde von der ÖVP ein grünes Netzwerk sozusagen herbeigeschmettert haben? Hat es das nie gegeben?

Mag. Werner Kogler: Ich lese nichts vom Netzwerk, sorry, und bitte den - -

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Dritter Absatz.

Mag. Werner Kogler: Ist er da irgendwo, im Übrigen?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Dritter Absatz, letzter Satz. *(Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.)*

Mag. Werner Kogler: Vielleicht nimmt er selber Stellung, aber im dritten - - Moment, warte, jetzt kann ich - - Dritter Absatz – wir stecken. *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*

So – ja, den Satz sehe ich: Marc Schimpel, dazu habe ich schon Stellung genommen.

Da – Entschuldigung, ja, da steht „Netzwerke“, Sie haben recht, sorry.

Ja, also ich weiß nicht, inwieweit die Bestellung des Naturhistorischen Museums da eine Rolle spielt, das ist nämlich im gleichen Satz grammatikalisch verbunden: Eine Frau Kathrin Vohland wird Direktorin im Naturhistorischen Museum. – Ich glaube, dort hat es – das darf ich als Kulturminister ja sagen – ein hervorragendes Auswahlverfahren gegeben, und im Übrigen macht die eine super Arbeit. Ich weiß aber nicht, was das mit einem Netzwerk zu tun hat.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Mein Frage war ja nur: Hat es jetzt ein grünes Netzwerk gegeben? *(Abg. Tomaselli hebt die Hand.)* Also haben Sie ein Netzwerk oder erzählt Kollege Hanger Sachen, die nicht stimmen?

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Ich nehme zuerst Frau Abgeordnete Tomaselli zur Geschäftsbehandlung. – Bitte.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 28

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Die Frau Richterin hat auch aufgezeigt, ich glaube, sie stört sich an derselben Frage. Ich bin mir jetzt ganz unsicher, ob wir noch im U-Gegenstand sind. Wie bestimmt ist auch die Frage mit - - (Zwischenruf des Abg. **Hafenecker**.) – Ja, aber du hast nicht gefragt: grünes Netzwerk in der Cofag, sondern einfach einmal grünes Netzwerk. Das ist sehr unbestimmt. Ich bin mir wie gesagt unsicher, ob wir im U-Gegenstand sind, aber ich glaube, die Frau Richterin sagt jetzt etwas Ähnliches.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Frau Verfahrensrichterin, bitte um Ihre Beurteilung.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ja, ich möchte schon sagen, wie der Herr Vizekanzenler vorhin zutreffend gesagt hat: Wenn, dann kann es überhaupt nur um Herrn Schimpel gehen. Und auch da, muss ich sagen, müsste man mir erst einmal erklären, wie die Besetzung eines Herrn Schimpel, die Herr Hanger kritisiert, zur Bevorzugung von ÖVP-nahen Milliardären führen soll. (Abg. **Hafenecker** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Abgeordneter Hafenecker, zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Also dass die Cofag verfahrensgegenständlich ist, ist, glaube ich, unbestritten. Und wissen Sie, Frau Verfahrensrichterin – aber auch Frau Kollegin Tomaselli: Ich habe mir ganz genau Ihre letzte Befragungsrunde angehört, wo Sie in Wahrheit schon nachbereitende Taten abgefragt haben; da sind wir so richtig nicht im Untersuchungsgegenstand drinnen, weil es das Wort Nachbereitung in dem Sinn gar nicht gibt –, auf der anderen Seite sitzt da die ÖVP, die irgendwelche historischen Abrisse aus dem Jahr 2004 hinterfragt, wo Sie, Frau Verfahrensanwältin, das sogar zugelassen haben, wo man wirklich meilenweit, also galaxienweit von den Untersuchungsgegenständen entfernt ist, weil es mit der Verwaltung überhaupt nichts zu tun hat.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 29

Also wenn ich jetzt Herrn Vizekanzler Kogler frage – und ich habe es ihm ja nicht einmal unterstellt, ich habe ihn ja nur gefragt –, ob er Wahrnehmungen dazu hat, ob diese Unterstellungen, die sein Koalitionspartner in der Person von Herrn Hanger gemacht hat – dass so gut wie alle grünen Postenbesetzungen, vom Naturhistorischen Museum angefangen über Besetzungen im Verkehrsministerium bis zur Cofag, die verfahrensgegenständlich ist, bis weiß Gott was –, ob es das gibt - -

Und wenn es dieses böse, furchtbare grüne Netzwerk gibt, von dem Herr Hanger da gesprochen hat, dann ist erstens einmal die Frage, warum er es nicht angezeigt hat – denn er hat ja immer sozusagen einen Blick in die Zukunft und weiß Dinge schon vorher, deswegen muss man das ja auch einmal so beleuchten –, und zweitens: Ich weiß ja nicht, was sich aus diesem argen Netzwerk, das Kollege Hanger da jetzt entdeckt hat, da alles heraus entspinnt. Deswegen möchte ich mit dem Herrn Vizekanzler darüber reden. Es kann ja sein, dass aus diesem argen Netzwerk dann alle irgendwie in die Cofag geholt werden sollen, oder was auch immer.

Da müssen Sie mir – Entschuldigung – schon die Möglichkeit geben, mich einmal dorthin entwickeln zu können. Wir wollen in weiterer Folge ja auch herausarbeiten, ob es in der Cofag beschleunigte Auszahlungen gegeben hat und so weiter. Wenn also alle diese Grünen, die dem Netzwerk entsprungen sind, das Kollege Hanger festgestellt hat, dann über die Cofag Einfluss genommen hätten – dass Grüne zum Beispiel schneller Gelder ausbezahlt bekommen, oder Schwarze –, dann muss uns das ja möglich sein.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zum einen darf ich einmal festhalten, dass Frau Mag. Edwards die Verfahrens*richterin* ist, und zum Zweiten, dass die pauschale Frage nach grünen Netzwerken – auch laut Rücksprache mit der Frau Verfahrensrichterin – zu pauschal ist, um eine Deckung im Untersuchungsgegenstand zu haben. Der Einzige, der eine solche hätte, wäre Herr Marc Schimpel.

Und jetzt darf ich ersuchen - - - außer die Frau Verfahrensrichterin möchte darüber hinaus noch eine Beurteilung abgeben?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 30

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Nein, ich möchte nur sagen, wie ich es immer gesagt habe:

Die Cofag ist natürlich Untersuchungsgegenstand – mit Herrn Schimpel und Herrn Perner; das kann ich durchaus noch nachvollziehen, dass das untersuchungsgegenständlich ist. Wenn Sie aber von grünen Netzwerken und vom Naturhistorischen Museum sprechen, bin ich meiner Meinung nach zu weit vom Untersuchungsgegenstand entfernt. Und wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass aus grünen Netzwerken Personen in der Cofag zur Vorteilserlangung untergebracht werden sollten, dann würde ich Sie einfach bitten, darauf hinzuweisen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Dann bitte fortzufahren mit der Befragung – unter Hinweis auf entsprechenden Anknüpfungspunkt zum Untersuchungsgegenstand. Bitte schön.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Nachdem also der ÖVP-Geheimdienst bei Ihnen ein Netzwerk erkannt hat: Haben Sie umgekehrt ein Netzwerk der ÖVP in der Cofag erkannt?

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Abgeordneter Hafenecker, ich weise auch darauf hin, dass unterstellende Fragen unzulässig sind – und „ÖVP-Geheimdienst“ **ist** unterstellend. (*Abg. Hafenecker hebt die Hand.*)

Zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Was war die Unterstellung? Kollege Hanger war derjenige, der ein Interview gegeben hat und ein grünes Netzwerk aufgedeckt haben möchte. Wenn ich das jetzt ein bissl überspitzt als Geheimdienst bezeichne, dann wird das wohl drinnen sein (*Abg. Hanger hebt die Hand*) – denn ich habe nicht



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 31

das Gesicht in die Kamera gehalten, sondern das war schon der Kollege da drüben, der jetzt nervös aufzeigt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Abgeordneter Hanger, zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich bin ja wirklich **total** nervös jetzt – unglaublich, wie hoch die Nervosität ist –, nur: Herr Kollege Hafenecker, manchmal sind deine Schmäh's recht witzig – wirklich, das möchte ich dir jetzt einmal attestieren –, aber jetzt quasi eine Befragung in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss nur mehr zum Wuchtelschmeißen zu nutzen und „ÖVP-Geheimdienst“ und alles Mögliche zu sagen, das hat wirklich mit einer seriösen Befragung nichts mehr zu tun. Ich darf dich wirklich höflich ersuchen, zum Untersuchungsgegenstand zurückzukehren.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Jetzt darf ich noch einmal festhalten und auf meine Ausführungen in den vergangenen beiden Befragungszeiten verweisen: Bitte die Geschäftsordnungswortmeldungen auch wirklich mit einem Bezug zur Geschäftsordnung auszustatten – und nicht Interpretationen der Aussagen des jeweils anderen Kollegen in einer Geschäftsordnungswortmeldung zu verpacken.

Herr Abgeordneter Hafenecker, ich darf ersuchen, mit der Befragung unter Bezugnahme auf den Untersuchungsgegenstand fortzufahren.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Die Frage ist da! Die Frage war – und ich bitte, jetzt nicht mitzustoppen, wie es gerade passiert –, ob Herr Vizekanzler Kogler in der Cofag ein schwarzes Netzwerk verortet hat oder nicht.

Mag. Werner Kogler: Nein! Ich weiß ja überhaupt nur, aber auch erst im Nachhinein, dass Herr Perner dort vorgesehen war. Wenn er mit sich ein Netzwerk bildet – ich weiß es nicht.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 32

Ich weiß auch nicht, wie viele Cofag-Organe es noch gibt, also wie viele besetzt wurden, von wem, in der Form.

Ich nehme aber wirklich hier noch einmal Bezug auf das, was Sie gesagt haben – das kann nicht unwidersprochen in einem Protokoll dieses Nationalrates bleiben –: Die Leiterin des Museums hier in dieses Eck zu stellen und abzuqualifizieren halte ich für ein No-Go. Ich weise das zurück. Nein, ich weise das zurück!

Der Punkt ist ja: Die Frage bezieht sich ja auch darauf, ob und inwieweit das eine Grüne sein soll. – Ja überhaupt nicht! Das muss hier einmal klargestellt werden. (*Abg. Hafenecker hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Abgeordneter Hafenecker, zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte nur außerhalb meiner Redezeit in der Geschäftsordnungswortmeldung noch einmal klarstellen: Herr Vizekanzler, ich habe Ihnen überhaupt nichts unterstellt. Ich habe Ihnen einen Artikel vorgelegt, wo sich die ÖVP dem „Standard“ gegenüber ausweint, dass Sie da ein grünes Netzwerk haben.

Also für die Dinge, die Kollege Hanger da in diesem Zusammenhang gesagt hat und irgendwie ins Treffen führen wollte, kann ich wohl wirklich nichts, denn ich kann aller möglichen Dinge bezichtigt werden, aber dass ich ein Naheverhältnis zu Kollegen Hanger habe oder dass ich Hanger bin, das kann ich ausschließen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Ich darf um eine neue Frage ersuchen.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Nein, die alte ist nicht beantwortet. Hat er jetzt ein schwarzes Netzwerk festgestellt oder nicht? Das ist nicht abschließend beantwortet



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 33

worden, sondern der Vizekanzler ist dann wieder ins Naturhistorische Museum abgebogen – und das habe ich nie gefragt.

Mag. Werner Kogler: Nein, ich habe nur festgestellt, dass Herr Perner – das habe ich auch rekonstruiert, dass er dann Geschäftsführer geworden ist – für sich genommen kein schwarzes Netzwerk ist, schon per Definition nicht. Was anderes kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Gut, dann lege ich Ihnen das Dokument 17086 vor – das ist eine Anfragebeantwortung von Ihnen – und bitte Sie, die Seiten 2 und 3 in Augenschein zu nehmen. Eine war Anfrage an Herrn Brunner, Verzeihung!

Mag. Werner Kogler *(in dem ihm vorgelegten Schriftstück blätternd)*: Also wo sind wir jetzt? Seite 2 von 5. – 2 haben Sie gesagt, gell?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): 2 und 3.

Mag. Werner Kogler: Okay, und jetzt sind wir dann wo? Was ist das überhaupt für eine Anfrage?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Seite 2 am Ende und dann Seite 3 am Beginn. „Trotz aller Bemühungen“ – da können wir einsteigen.

Mag. Werner Kogler: Ah da, ja. Was ist das überhaupt für eine Anfragebeantwortung?

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Das ist eine Anfragebeantwortung von Finanzminister Brunner. Da geht es darum, warum die letzten - -

Mag. Werner Kogler: Ah, von Herrn Brunner, okay – ich habe geglaubt, von mir.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Ich habe mich eh korrigiert.

Da geht es darum, warum die letzte Tranche an die Unternehmen nicht ausbezahlt worden ist. Und in dem Fall sagt Herr Brunner, Sie wären schuld, weil Sie die Unterschrift auf die entsprechende Verordnung verweigern. Was haben Sie dazu für Wahrnehmungen?

(Vorsitzender-Stellvertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 34

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Bitte, Frau Verfahrensrichterin.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Also wir haben das heute Vormittag bei der Befragung von Herrn Bundesminister Brunner schon als Thema gehabt: Cofag ist Thema. Rückforderungen wären natürlich als Nachwirkungen, die wir immer zugelassen haben, einer Fragestellung zugänglich. (*Unruhe im Saal.*) – Ich warte, bis man mir zuhört.

Wir haben am Vormittag darauf hingewiesen, dass aus den medialen Berichten bekannt ist, dass diese Einvernehmensherstellung noch nicht zustande gekommen ist. Das ist ein laufender, offener Vorgang in der Bundesregierung, Art. 53 Abs. 4 macht das für eine Fragestellung an sich unzulässig. – Das ist der rechtliche Standpunkt. Das heißt, die Frage wäre so nicht zulässig.

Wir haben aber auch einen Usus: Wenn Sie es gerne beantworten möchten, dann können Sie das tun.

Auf der anderen Seite möchte ich hier auch auf die Gratwanderung Untersuchungsausschuss – Wahlkampf hinweisen. Es muss sachlich sein. Nicht dass ich Ihnen das unterstelle, aber eine Antwort, die jetzt darauf kommt, könnte vielleicht auch in einem Wahlkampf thematisiert werden.

Also an und für sich ist eine Fragestellung betreffend diesen offenen Vorgang meiner Meinung nach – wenn er noch offen ist – nicht zulässig. (*Abg. Hafenecker hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Abgeordneter Hafenecker, zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Frau Verfahrensrichterin, herzlichen Dank. Ich hätte mir Ihre Redlichkeit diesbezüglich, ganz ehrlich, vor zwei Wochen im Untersuchungsausschuss gewünscht – ich sage es nur, ganz ehrlich. Also da war Ihnen das vollkommen egal, ob da irgendwas wahlkampfgegenständlich



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 35

ist oder nicht. Das haben Sie nicht einmal in den Mund genommen. Jetzt reden wir darüber – ist in Ordnung.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Herr Abgeordneter Hafenecker, ich habe die Fragen damals nicht zugelassen, weil ich gesagt habe, das ist Wahlkampf- und Untersuchungsausschussrandthema, und daher lasse ich die Fragen nach der „Info-direkt“ nicht zu.

Also ich habe das sehr wohl in den Mund genommen und auch noch meiner Meinung nach positiv – in Ihrem Sinne – entschieden.

Ich will mich jetzt nicht rechtfertigen, aber ich möchte auch nicht etwas auf mir sitzen lassen, was so einfach nicht den Tatsachen entspricht.

Mag. Werner Kogler: Ich wende mich jetzt selber an den Verfahrensanwalt und die Verfahrensrichterin, an den Vorsitzenden gleich direkt:

Ich würde die Frage tatsächlich gerne beantworten. Ich frage mich gleichzeitig nur, wie Sie das handhaben, wenn es an anderer Stelle schon einmal als nicht zum Untersuchungsgegenstand gehörig gezählt wurde, und ob ich dann irgendwem in die Parade fahre. Das will ich nicht verursachen.

Ich kann das sicherlich ohne Wahlkampfgetöse beantworten – ganz sicher sogar. Das ist ein komplexer Vorgang. Ich würde es sogar sehr gern erklären. (*Abg. **Krainer** hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zur Geschäftsbehandlung, Herr Abgeordneter Krainer, bitte schön.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Es geht darum, dass ein Ausschuss nicht die interne Willensbildung der Regierung in irgendeiner Art und Weise



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 36

behindern darf. Also es gibt sicher einen Punkt, wo man nicht mehr fragen darf – ich würde den vielleicht anders interpretieren als die Verfahrensrichterin oder Sie –, aber es geht nicht um Wahlkampf, sondern um interne Willensbildung.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Es ist mir vollkommen klar, dass es um die interne Willensbildung geht, aber es ist derartig medial, dass ich mir denke, es könnte auch in dieser Weise thematisiert werden.

Ich möchte jetzt sagen, nachdem schon bei Herrn Bundesminister Brunner dann die Fragen von ihm nicht beantwortet wurden: Bitte beantworten Sie es, solange es nicht die Willensbildung der Bundesregierung auf eine Art und Weise beeinträchtigt, die potenziell zu nicht untersuchungsgegenständlichen Themen gemacht werden könnte.

Mag. Werner Kogler: Okay, ich sage da wirklich sehr gern was dazu.

Tatsächlich ist das aber eine Spur komplexer, weil ich mich da ja auch die letzten Wochen und Monate eingearbeitet habe beziehungsweise mir das immer von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in der Koordinierung um Lösungen bemühen, referiert wird.

Den Ursprung der Sache haben wir eh schon thematisiert. Jetzt kam die Kommission und sagt, das geht nicht, es muss irgendwie wieder anders gemacht werden.

Wie das Finanzministerium darauf gekommen ist, weil - - - das kann ich gleich dazusagen: Die haben sich nach meinen Informationen, das Finanzministerium jetzt nämlich einmal zunächst, mit der Kommission geeinigt, wie das Problem gelöst werden könnte, das da wäre – und jetzt kommt eben die Komplexität –:

Der Einfachheit halber könnte man ja sagen: Wenn die verbundenen Einheiten, vulgo Konzernbetrachtung, immer schon angenommen worden wären, dann hätte das zum damaligen Zeitpunkt einen Zustand X erzeugt. Das klingt jetzt einmal sehr gerecht, wenn man den wiederherstellen würde. Das war auch mein erster Reflex bei diesem Telefonat. – Dann habe ich eh länger nichts gehört.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 37

In der Folge wurde aber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern argumentiert – so habe ich es rekonstruiert –, dass man ja trotzdem aufpassen muss, weil diejenigen – das scheint mir auch nachvollziehbar –, die das in Anspruch genommen haben, ja darauf vertraut haben oder tatsächlich eigentlich vertrauen durften, dass diese in dem Fall Verordnung – rechtlich eine Verordnung – wohl die gültige Rechtsbasis ist; auf wiederum dieser Basis wurden die Anträge gestellt.

So weit, so klar. Wenn es dann halt nicht ist: alles wieder retour. Weil aber dieses Vertrauen auch gewürdigt werden muss, kann man das nicht genau so machen.

Die andere Grenze ist jetzt, und da kommt das ins Spiel, warum das gerade eben noch nicht unterschrieben ist – das ist im Übrigen zutreffend –: weil ich ja bei bestimmten Verordnungen, das tatsächlich kann – ich meine, ich unterschreibe es selber eh nie, das muss man auch dazusagen, sondern das ist bei solchen Verordnungen in der Regel immer das Generalsekretariat gewesen –, aber die inhaltliche Vorgangsweise ist jetzt, einen Kompromiss finden, - - dass auf der anderen Seite, wenn wir jetzt wieder ziemlich viel zahlen oder es dort belassen, wo diese verbundenen Unternehmen halt mehr bekommen haben, dann eine Ungerechtigkeit jenen gegenüber besteht – und ich bringe noch einmal als Beispiel Mediamarkt und Hartlauer –, die von vornherein da nicht drinnen waren.

Wir müssen verdammt aufpassen, denke ich, dass das, was wir jetzt als Lösung hervorbringen – und es muss eine Lösung geben, denn es hängen ja andere auch dran; Sie haben es ja, Herr Abgeordneter, zu Recht, denke ich, in der Öffentlichkeit thematisiert, dass da einmal was weitergehen muss - -, aber wir können es nicht so machen, da hängt es gerade noch, dass eine weitere Ungleichheit manifestiert wird, bei bester Absicht zur Lösung. Weil: Es muss ja aus meiner Sicht – wenn wir schon beim Reparieren sind und das diesen Namen verdienen soll – so kommen, dass wir es, Kommission und unionsrechtlicher Beihilferahmen hin oder her, so machen, dass wir uns nicht erst wieder alle vor dem Verfassungsgerichtshof sehen. Das wird eh schwierig genug.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 38

Und da den Kompromiss zu finden, nämlich auch sachlich, zu sagen: Okay, ihr kriegt jetzt ein bissl mehr als die anderen, aber auch nicht zu viel! – Und meinen Mitarbeiter:innen erscheint es – offenkundig, sonst würde es nicht stehen – so, dass es immer noch eine Spur zu viel ist.

Wie muss man sich das vorstellen? – Wenn wir das jetzt sanieren würden und da sind Unternehmen dabei, die eh gescheite Gewinne machen, dann weiß ich, wer der Erste ist oder wer bei den Ersten ist, die schreien: Überförderung!

Ich halte von dem Begriff im Übrigen nichts – ich habe es eingangs gesagt –, aber nachdem dieses spezielle Problem auch vom Rechnungshof als sogenannte Überförderung – das kann ich in gewisser Weise teilnachvollziehen – identifiziert wurde, muss man bei der Sanierung aufpassen, dass man nicht im Fehler bleibt oder einen neuen schafft, der neue Ungerechtigkeiten hervorbringt.

Deshalb wäre es zum Beispiel ein Vorschlag gewesen – ich kann das ruhig so erzählen, das beeinflusst das Regierungshandeln, denke ich, nicht –, dass bestimmte Unternehmen, nicht alle, aber bestimmte, die da jetzt aufgrund dieser Einzelbetrachtung – und nicht der vorgesehenen Konzernbetrachtung – profitieren würden, dann eine Sondersteuer zahlen könnten. Diesen Vorschlag hat es offensichtlich von Mitarbeiter:innen der Koordinierung – deshalb weiß ich es ja, im Nachhinein im Übrigen – gegeben. Das wurde aber nicht akzeptiert, denke ich.

Jetzt müssen wir einen Weg finden, wie wir jene, die hier sozusagen aus dieser Falle rauskommen sollen, aber eh schon mehr kriegen als die anderen – ich glaube, ich habe versucht, es vorhin zu beschreiben –, wenn sie einen besonders hohen Gewinn auch noch haben – - Das ist ja eine völlige Wettbewerbsverzerrung! Das ist ja auch der Grund, warum das nicht sein soll. – Dass wir bei denen einen Abschlag bei diesem Sanierungsbeitrag vorsehen, aufgrund der Höhe des Gewinns – das ist der Hintergrund –, das könnte eine gerechte Lösung sein.

Ich fühle mich jetzt nicht behindert, beziehungsweise hoffentlich auch nicht das Finanzministerium.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 39

Wir meinen, der Vorschlag, der zugegebenerweise – das ist offensichtlich zutreffend – mit der Kommission schon akkordiert wurde – von daher wenig bis gar keine Bedenken mehr bestehen –, dass wir es trotzdem so machen, dass wir in unserer eigenen innerösterreichischen Betrachtungsweise das erstens immer noch möglichst gerecht herbringen wollen – weil: das schien den Mitarbeiter:innen nicht so –, und uns zweitens auch eine Spur – hundertprozentig geht das nie, ich schaue da rüber zur Verfahrensrichterin – uns eine Spur immunisieren, damit wir nicht eh wieder alle beim Verfassungsgerichtshof landen.

Das ist die Herausforderung – oder es sind mehrere –: dieses abzuwägen. Richtig ist aber: Es muss eine Entscheidung fallen, und es müssen teilweise tatsächlich, finde ich, dann Rückforderungen eingetrieben werden, wenn die Lösung so kommt, beziehungsweise umgekehrt – im Positiven – an die, denen es nach dieser Berechnungsformel dann zusteht, die Auszahlungen erfolgen.

Das ist der Grund, warum die Koordinierung, diesfalls der grünen Seite, das noch nicht freigegeben hat, aber ich bin zuversichtlich, dass das gelingt.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Das ist ein Prozess, der sich mittlerweile seit acht Monaten hinzieht und wo mutmaßlich rund 300 Betriebe insolvenzgefährdet sind. Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass es gerade in der Coronazeit wichtig war, schnell zu helfen beziehungsweise den Schaden auszugleichen. Warum ist das jetzt anders?

Mag. Werner Kogler: Na ja, es ist ja insoweit nicht anders, als sich die Unternehmen dort, wo die Möglichkeiten bestehen, ja helfen – offenkundig. Dass das auch enger werden kann, wenn man nämlich in seinem Investitionsverhalten oder in seinen sonstigen Geschäftsplänen darauf vertraut, dass das Geld alles gekommen wäre, und es jetzt aber so nicht kommt, das verstehe ich schon. Nichtsdestotrotz bleibt das Problem aus Sicht des Steuerzahlers, wie ich es vorhin beschrieben habe. Das ist hier die Abwägung.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir ja vergleichbare Fälle hatten, die in der Anzahl auch sehr groß waren, die sogenannten Spätanträge, die ja da unter einem quasi als Thema dahergekommen sind. Da ging es auch um eine fehlerhafte Richtlinie – das war aber leichter



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 40

zu sanieren –, wo nämlich die Antragsfrist aufgrund der Verordnung der Republik drei Monate länger war, als das der beihilferechtliche Rahmen zugelassen hätte. Da waren natürlich auch welche drinnen, die darauf vertraut haben, dann aber, wenn man das Unionsrecht eins zu eins umsetzt, auch nichts mehr bekommen hätten. Diese sogenannten Späthanträge sind allesamt vor Weihnachten saniert worden, das wollte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben.

Und ich darf sagen, dass diese Vorschläge, die es hier gibt, auch schon das eine oder andere Monat gemacht wurden, aber ich glaube, wir werden zu einer Lösung kommen; ganz genau.

Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ): Vorlage Dokument 2, bitte. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Wenn ich das gleich mit der Frage verbinden kann: Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu, dass 27 Unternehmen jetzt Amtshaftungsklagen gegen die Republik wegen genau diesem Umstand einbringen? Es geht um rund 20,7 Millionen Euro, die an Förderungen nicht ausbezahlt worden sind. Gerade im Hinblick darauf, was man auch dem Steuerzahler gegenüber schuldig ist, wollte ich Sie zu Ihren Wahrnehmungen dazu befragen. *(Vorsitzender-Stellvertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Frau Verfahrensrichterin, bitte.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Darf ich dazu bitte sagen: Es ist hier offenbar die Fragestellung entstanden, weil natürlich die Klagseinbringung – am 22. April 2024 – außerhalb des Untersuchungsgegenstandes wäre; aber dem zugrunde liegend sind natürlich die untersuchungsgegenständlichen Coronafälle und Coronarichtlinien und alles das, was wir bis jetzt besprochen haben. Daher kann natürlich nicht das offene Verfahren, das jetzt klagseingebracht worden ist, aber die Ursachen, die zu dieser Klagsführung geführt haben könnten, Thema der Fragestellung sein. *(Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt beraten sich.)*

Mag. Werner Kogler: Die Frage war ja nach den Wahrnehmungen. Ja, zu diesem Dokument habe ich die Wahrnehmung, dass ich das, denke ich, zum ersten Mal sehe, aber es gibt, glaube ich, einen ähnlich lautenden „Kurier“-Artikel, den ich zumindest online oder auf E-Paper



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 41

gesehen habe – eh jüngst, das würde ja da mit dem Datum zusammenpassen –, aber ich habe dazu sonst keine Wahrnehmung, außer dass dieses geschieht, und das ist ja auch – also ich habe eine Bewertung dazu – völlig legitim in einem Rechtsstaat. Ich habe auch ein gewisses Verständnis geäußert, aber wir müssen eben alles gemeinsam betrachten. (*Vorsitzender-Stellvertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Da die Redezeit abgelaufen ist: Als Nächste ist Frau Abgeordnete Tomaselli zu Wort gemeldet. – Bitte schön.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): In meiner Redezeit kann ich das ja sagen: Es wäre im Übrigen bei der Klage ja dann genau der umgekehrte Vorfall, weil es hier ja eben darum geht, dass ein sogenannter Konzern quasi nicht für alle Teilbetriebe Förderung bekommen hat.

Herr Vizekanzler, ich würde gerne zu einem anderen Thema kommen, das wir auch schon in diesem Untersuchungsausschuss bearbeitet haben, und zwar geht es um E-Mails, die von Ihrem Kabinett an den Geschäftsführer der Cofag, Marc Schimpel, gerichtet worden sind. Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Mag. Werner Kogler: In der Echtzeit, damals, genau gar keine, was E-Mails betrifft. (*Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt beraten sich.*)

Ich weiß nur, dass in diesem Untersuchungsausschuss, wenn wir jetzt wirklich vom Gleichen reden, zumindest zwei Mailverläufe eine Rolle gespielt haben, die man aber meines Erachtens trennen müsste. Die Wahrnehmung habe ich vor allem jetzt da aus dem U-Ausschuss quasi rekonstruiert, dass die - -, dass ein Mitarbeiter meines Kabinetts - - Warum der überhaupt? – Weil er sich andauernd mit dem NPO-Fonds beschäftigt und auch für Kultur zuständig ist und da, wie in vielen Kabinetten, glaube ich, aber vor allem bei vielen, die quasi öffentlich unterwegs sind und ein Amt bekleiden oder Mitarbeiter sind, immer wieder sogenannte Hilferufe kommen: Was ist dort los? Was ist dort los? Was ist dort los?

Jetzt zu einem konkreten Fall: Das habe ich mir dann natürlich angeschaut, was das Mail betrifft, es betrifft ja auch mich. Von den anderen weiß ich - -, von diesem anderen weiß ich



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 42

gar nichts, und dann wird es wahrscheinlich noch mehr geben. Da wusste ich gar nicht, dass das immer weitergereicht wurde, wenn es irgendwo einen sogenannten Hilferuf gab.

Eines weiß ich aber, wo ich selber mal nachgefragt habe, eben bei besagtem Mitarbeiter, und zwar ging es da um – ich kann den Namen nicht memorieren – eine Dame, die mit den Restaurants namens Soulkitchen verbunden war oder dort eigentlich quasi eng verhaftet ist, die Beginn 2021 – und ich habe das im Übrigen selber im Fernsehen gesehen – in einer „Im Zentrum“-Sendung, lange von Claudia Reiterer befragt, ihre Situation geschildert hat.

Diese Dame hat das sehr einprägsam – für mich jedenfalls – geschildert, indem sie sagte, es kommen die Hilfen zu spät oder sie sind zu wenig, in ihrem Fall jedenfalls, und es sei schon so weit – jedenfalls hat sie Claudia Reiterer dorthin, auf diese Antwort geführt –, dass die Eltern, wenn ich mich richtig erinnere, schon das Haus verkaufen mussten, und jetzt geht es schon um die Eigentumswohnung, weil die Hilfen zu spät oder irgendwie - - und zu gering seien.

Dann sagt sie aber – und das war der Grund, warum ich mich überhaupt wirklich interessiert habe, jetzt kommt er⁴ nämlich –, dann habe ich in Erinnerung, dass gesagt wird, sie sei ja nur schicksalhaft stellvertretend für Hunderttausende – oder jedenfalls für viele; an anderer Stelle waren es Hunderttausende. Die Stellen gehen nämlich weiter, da hat es mehrere öffentliche Auftritte gegeben.

Weil ich es ja rekonstruiert habe, weiß ich es auch: Am 1. März 2021 hat es einen Auftritt mit Abgeordnetem Schellhorn und mit Abgeordnetem Matznetter gegeben, wo diese Dame von Soulkitchen eben zentral dabei war und wieder in ähnlicher Weise ihr Schicksal geschildert hat. Und diese Pressekonferenz von NEOS und Sozialdemokraten hat den bekannten Titel gehabt: Die Regierung treibt Unternehmen in den Ruin – sinngemäß, aber ich glaube, es ist sogar wortwörtlich; und wieder die gleiche Story.

Dann habe ich mir mal vier Wochen Zeit gelassen, ja, vier Wochen. Genau am 29. gehe ich dann zu dem Mitarbeiter und sage: So, jetzt sind vier Wochen vergangen, was wissen wir darüber?

⁴ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] kommt es nämlich [...]“ statt „[...] kommt er nämlich [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 43

Weil: Erstens ist mir das Schicksal dieser Dame nicht wurscht, aber noch mehr hat mich interessiert - - Weil: Ich habe noch nie zu einem Einzelfall irgendwas gesagt, höchstens weitergegeben, irgendwohin: Geht zur Finanzverwaltung, geht zur Cofag oder was, ja, aber nicht zu mir! Aber in dem Fall hat sich das auf die Aussage bezogen, dass Hunderttausende oder jedenfalls sehr viele betroffen sind, weil das dann ein systemisches Problem unserer Fördersystematik wäre. Und deshalb habe ich gefragt, was dort denn überhaupt ist. - Das war der 29. März 2021.

Das Mail ist mir im Nachhinein bekannt geworden, ich glaube durch ein Aufbringen oder einen Vorhalt von - wir haben uns auch öffentlich schon unterhalten - Abgeordnetem Shetty hier im Haus, in diesem Untersuchungsausschuss, und deshalb weiß ich im Nachhinein, was dort drinnen steht. Der Mitarbeiter beschreibt genau diesen Vorgang, was die Dame von Soulkitchen sagt, und unten sagt er, was da passiert ist: Ich würde einen Bericht erwarten. - Das ist der Verlauf bis dorthin.

Im Übrigen: Den Bericht haben wir nie gekriegt oder einkassiert, das hat sich für mich wieder verlaufen. Die Intention meiner Nachfrage war, ob das Problem systemisch ist oder nicht.

Und jetzt, im Nachhinein, habe ich im Übrigen in der Transparenzdatenbank nachgeschaut - also kann es eh kein Geheimnis sein - oder nachschauen lassen, und die Information lautet, dass, glaube ich, in zwei Jahren jeweils circa 105 000 Euro an Coronahilfen - das muss mit irgendeinem Instrumentenkoffer der Cofag zu tun haben, sonst würde es dort nicht zu finden sein - an diese besagte Dame ausbezahlt wurden. Das war dieser eine Vorgang.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Darf ich die Beilage 19 vorlegen, bitte?

(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)

Mag. Werner Kogler: Ah, ja, das erkenne ich jetzt - ah, da, ja.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Das ist ein Presseavis, da geht es um die Pressekonferenz mit Matznetter und Schellhorn mit den Gastronomen Querfeld und Firoozian (*Auskunftsperson Kogler: Ah ja, Firoozian ...!*) mit dem Titel: „Regierung treibt Betriebe in den Ruin.“ Ist das die angesprochene Unternehmerin?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 44

Mag. Werner Kogler: Ja, das wird wohl so sein. Jedenfalls ist der Titel dieser Einladung zur Pressekonferenz, wenn es denn eine ist, genau jener, den ich memoriert habe, das ist fast wortwörtlich gleich. „Regierung“ – nur einmal für alle zum Mithören – „treibt Betriebe in den Ruin“. Aha, okay: Matznetter, Schellhorn, ein schreckliches Schicksal von – tut mir leid, dass ich es nicht aussprechen kann – Frau Farangis Firoozian. – So. Und nach vier Wochen frage ich: Was ist denn da rausgekommen? – Das ist die Abfolge, weil: Das Mail, von dem ich dann gesprochen habe, ist nämlich vom 29. März desselben Jahres. (Abg. **Shetty:** Nur damit es vollständig ist: die andere Mail auch ...!)

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Laut Transparenzdatenbank hat die Unternehmerin dann im Übrigen 210 000 Euro von der Cofag erhalten.

Ich würde das Mail gerne noch vorlegen: 63303. (Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.) – Das ist eben die Mail, die wir vorhin angesprochen haben, und hier steht eben unten: „Werner erwartet dazu einen Bericht von mir.“ Das schreibt Dietmar Seiler an Marc Schimpel; der schreibt dann eben zurück: „Melde mich so schnell ich kann.“ (Auskunftsperson **Kogler:** Ups! Ja?) Wie haben Sie das mit dem Bericht denn gemeint?

Mag. Werner Kogler: Ich habe, glaube ich, den Begriff Bericht gar nicht in den Mund genommen. Ich sagte nur, es sind vier Wochen – das ist ja genau der Vorgang, den ich beschrieben habe –: Es sind vier Wochen vergangen, jetzt interessiert es mich wirklich, ich will wissen, was da los ist! Aus den genannten Gründen: Einzelschicksal tatsächlich, denn das klingt ja wirklich grimmig, das ist ja eigentlich herzerreißend, und zum anderen eben wegen dieses Vorhalts, dass es Hunderttausenden so ginge. – So. Das war die ganze Geschichte, ich habe aber nie mehr etwas darüber gehört.

Ich habe mich jetzt im Nachhinein bei Dietmar Seiler – der ist ja hier auch als Absender genannt – erkundigt, ganz frisch. Tatsächlich erinnert er sich wieder, dass dann – was ein bisschen komisch ist, ehrlicherweise, weil da „Melde mich so schnell ich kann“ steht; ja, weiß ich nicht – so ein Bericht gar nicht eingetroffen wäre. Ich gebe das wieder. Allerdings haben wir dann in der Transparenzdatenbank nachgesehen. Das ist genau ein geschlossener Vorgang hier, den ich da feststellen kann.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 45

Im Übrigen, was sich in der Etappe schon herausgestellt hat – ich weiß nicht, ob das den Untersuchungsausschuss interessiert –: Ich finde das nämlich politisch problematisch, dass eine Fraktion, in dem Fall der Zugehörige zur Fraktion – -, Abgeordneter Schellhorn – mit dem ich ein super Einvernehmen habe, die meiste Zeit, auch jetzt wieder und auch damals; mit dem habe ich mich nämlich öfter über die Coronahilfen unterhalten, weil mehr immer gescheiter sind als einer – - -, dass das aufgebracht wird, in dem Fall auch von Abgeordnetem Schellhorn, also von den NEOS, als Schreckensbeispiel, ebenso von Abgeordnetem Matznetter, und dass, wenn man sich dann erkundigt: Du, was ist denn mit dem?, einem das dann vorgehalten wird. Ich habe im Übrigen auch mit Abgeordnetem Schellhorn telefoniert: Der sieht das auch nicht ein, was da an dieser Stelle abgeht – jetzt frisch –, weil er es ja war, der das aufgebracht hat, nicht ich. So – dieses.

Im Übrigen, wenn wir schon dabei sind – apropos Sozialdemokratie –, stellt sich heraus – das ist ja völlig unbenommen, finde ich, und das Schicksal war ja dram- -, zumindest hat es dramatisch geklungen, und ich finde die Hilfen – ich gehe davon aus, dass das alles total korrekt ist, sage ich – super, super, super –, dass besagte Dame – entweder damals schon, das weiß ich nicht, aber jedenfalls in der Etappe – beim Sozialdemokratischen Wirtschaftsbund gelandet ist, und zwar in der Wirtschaftskammer, auf einem Ticket von dort, und mittlerweile Frauenvorsitzende der sozialdemokratischen Wirtschaft ist, wenn es so etwas gibt, oder so sinngemäß.

Das hat sich alles jetzt im Nachhinein so rausgestellt. Nur damals war der Antrieb: Was ist da überhaupt los, wenn Herr Matznetter und Herr Schellhorn das so an die Glocke hängen, und noch dazu die Regierung Hunderttausende Betriebe in den Ruin treiben würde? Da wäre ich auch falsch, wenn ich gar niemanden fragen würde, denke ich. *(Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt beraten sich.)*

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann möchte ich noch zum zweiten Fall kommen, der diskutiert worden ist, da geht es um die Panda Lichtspiele Filmverleih. Laut Transparenzdatenbank sind dort dann rund 412 000 Euro an Covid-Wirtschaftshilfen geflossen. Das wäre Dokument Nummer 63304. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 46

Mag. Werner Kogler: Vom 6.11.2020? Das Faksimile verdeckt immer einiges. Ja, okay. Was schreibt wer an wen? Aha, okay.

Ja, da steht: „erneut an uns gewandt“. Diesen Vorgang kann ich auch einordnen, nur damit - -, das habe ich überhaupt jetzt erst erfahren, weil ich da nicht einmal gesagt habe: Schaut nach, was da los ist, weil da wieder ein Unglück zugange ist! Das habe ich erst aufgrund der Diskussionen und Vorhalte hier im Ausschuss mitbekommen und habe mir das natürlich dann auch angeschaut.

Dem geht aber – um das abzukürzen – was zuvor: auch ein – ein anderes – Mail, quasi vom selben Hilferufenden. Was ist hier das Thema, zumindest meines Erachtens, und warum kommt das überhaupt zu uns? – Ich glaube, da geht es um jemand - -, das sagt mir zwar nicht viel, Panda, aber es geht um einen Filmverleih; und bei Kunst- und Kulturfragen ist es nicht so weit hergeholt, dass das vielleicht etwas mit unserem Ressort zu tun haben könnte.

Wir haben ja bei Kunst und Kultur irrsinnig viel gemacht. Da sind ja Tausende und Hunderttausende, wenn man die kleinen Vereine dazu zählt, betroffen gewesen, erst recht mit den Künstlerinnen und Künstlern. Da hat es viele Rufe gegeben – wenn man nur unterwegs war –, ich habe immer gesagt: Geht dorthin, geht dorthin! Und da dürfte es öfter so gewesen sein, dass auch schriftlich wer kommt. Der Sachverhalt scheint der zu sein, dass dieser Filmverleih – irgendwann hat der einmal Panda geheißen, glaube ich, wenn es der sein soll, damit wir alle vom Gleichen reden (*Abg. Tomaselli: Ja!*); ja, dann ist es gut –, erklärt hat, schriftlich oder mündlich – ich glaube, sogar schriftlich, das müsste ja im Mailverlauf einsehbar sein –, dass er riesige Schwierigkeiten hat und sinngemäß – jetzt bitte schön aufpassen: nur sinngemäß – in wenigen Tagen vor dem Konkurs steht, wenn denn nicht jetzt endlich was passiert.

Jetzt war aber die gleichzeitige Auskunft, dass die Cofag eigentlich – wenn nicht eh schon – grundsätzlich positiv entschieden hätte, aber so doch auf ein Dokument wartet. Und zwar auf was? – Auf ein sogenanntes Ergänzungsgutachten. Ich wusste ja auch nicht, wie das alles läuft, bis ich mich damit beschäftigt habe. Ein Ergänzungsgutachten – von wem? – Von der Finanzverwaltung. Das kann mehrere Gründe haben. Ich weiß ja gar nicht, welche Cofag-



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 47

Förderung da angesprochen wurde, aber je nachdem hat man ja unterschiedliche Fördervoraussetzungen.

Apropos, dass da eh immer jeder alles kriegt: Davon war natürlich nicht die Rede, sondern du musstest eben nicht insolvenzgefährdet sein – das wäre das eine, warum eine Finanzverwaltung was zu tun haben könnte –, du durftest dies nicht, du durftest jenes nicht. Da kann es schon sein, dass immer mal ein Gutachten, ein Ergänzungsgutachten der Finanzverwaltung gebraucht wird.

Dieser Fall wurde so beschrieben, dass das Ergänzungsgutachten bei der Cofag einfach nicht aufschlägt, nämlich von der Finanzverwaltung zur Cofag. Und jetzt sagt dieser Mitarbeiter – und das wurde ja dann hier zum Vorhalt gemacht –: Entweder – sagt er einmal – kann er da⁵ beim BMF oder im Kabinett des BMF, was tun, den Vorgang zu beschleunigen - - - aber glasklar und hundertprozentig jenen Vorgang, dass die Finanzverwaltung gefälligst einmal in die Gänge kommt und das Ergänzungsgutachten an die Cofag schickt, damit die – hoffentlich dann möglichst unbeeinflusst natürlich – ihrer Arbeit nachgehen kann. Darauf also bezieht sich dieser Hinweis, so haben meine Rekonstruktionen ergeben, ob da was zu beschleunigen wäre.

Das ist dann noch einmal aufgetaucht, weil offensichtlich immer wieder die Finanzverwaltung in einer Art und Weise ein Engpass war, oder hat die IT das nicht gleich immer so ausgespuckt, dass da auf grün geschalten wird.

Ich bin ja dann draufgekommen, dass in gar nicht so wenigen Fällen das Grün-Go für diese Freigaben gar nicht gekommen ist, weil eben – und da sieht man es wieder – offensichtlich sehr sorgfältig geprüft wurde. Ohne Ergänzungsgutachten gibt es keine Freischaltung der Förderung! Wenn aber sonst alle Voraussetzungen da sind, aber das Ergänzungsgutachten fehlt, na dann verstehe ich den Menschen – jetzt weiß ich nicht, wer das ist, aber Panda Filmverleih; jetzt weiß ich es ja: Verleih, eine kleine Firma offensichtlich, die zumindest behauptet, sonst eben – was? – insolvenzgefährdet zu sein.

⁵ Ursprünglicher Text: [...] kann er mir da [...]

Angenommene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] kann **er da** [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 48

Das war der Vorgang, und den hat es, glaube ich, zweimal in ähnlicher Art und Weise gegeben.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Ich glaube, so klein wird sie gar nicht sein, wenn sie schlussendlich 411 000 Euro an Wirtschaftshilfen bekommen hat.

In der E-Mail schreibt eben Ihr Mitarbeiter aus dem Kabinett:

„Lieber Marc,

Herr Thim hat sich erneut an uns gewandt – gibt es eine Möglichkeit, den Vorgang zu beschleunigen?“

Schimpel schreibt dann zurück:

„Wir arbeiten daran, ich gebe Dir Bescheid.“

Bezieht sich Ihre Ausführung auf dieses E-Mail?

Mag. Werner Kogler: Nein. Ich habe in Erinnerung - - Ja **auch**, vielleicht. – Jetzt ist bei mir gerade der Bildschirm schwarz; jetzt kommt wieder Licht; wahrscheinlich habe ich das selber verstellt.

Ich habe in Erinnerung, dass es zweimal um einen ähnlichen Vorgang ging, wo auch zweimal das Wort „beschleunigen“ kommt, und deshalb ist ja bei dem, was ich vorher gesehen habe, vom 6.11., quasi schon auf den Wiederholungsfall hingewiesen - -, weil das gleiche Problem vorher schon einmal aufgetaucht ist.

Ob das zwei verschiedene Vorgänge waren oder eh der gleiche Vorgang, wo noch einmal nachgehakt wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis. Es könnte aber sein – soweit ich da jetzt einen Drüberguck mache –: dass es sich schon um zwei Vorgänge oder Förderfälle dieser einen Firma handeln könnte, jeweils aber auf Grundlage des gleichen Problems: Immer hängt das Ergänzungsgutachten.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 49

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Ich möchte gerne noch das Dokument 64356 vorlegen. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Mag. Werner Kogler: Okay: „Befragung“, „Dr.ⁱⁿ [...] Neuhauser“. *(Der Verfahrensanwalt wendet sich an die Auskunftsperson.)* – Ich höre gerade vom Verfahrensanwalt, es könnte sich um einen Protokollberichtigungs-/änderungsvorschlag handeln; des Marc Schimpel selbst. Und jetzt schreibt er – da ist irgendwas gelb markiert: „wir arbeiten daran“ –: „Der Antrag wurde am 20.10. [...]“ eingebracht; „04.11. [...] Rücksprache“; „Ebenfalls [...] 04.11. [...] Ergänzungsgutachten bei der Finanzverwaltung.“

Ja, jetzt sagt er: „wir arbeiten daran“ – so, wie der Vorgang war. Aber vielleicht können Sie mir sagen, was ich dazu jetzt beitragen kann – oder du, wir sind eigentlich per Du.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Heute nicht. – Dieses Schreiben haben wir von Marc Schimpel nach seiner Befragung erhalten, und da führt er aus, dass bei dem diskutierten Fall im Übrigen der Antrag am 20.10. gestellt worden ist. Es ist am 4.11. von der Cofag bearbeitet worden; am 6.11.: Ergänzungsgutachten gestellt; am 12.11. hat das BMF schon geliefert; und am 16.11. ist ausgezahlt worden.

Ich habe das mal kurz zusammengerechnet: Das sind 26 Tage. Ich glaube, das ist eine relativ adäquate Bearbeitungszeit zwischen Antragstellung und Auszahlung. Da wollte ich Sie fragen: Haben Sie dazu noch Wahrnehmungen?

Mag. Werner Kogler: Nein, überhaupt nicht. Ich wusste von dem ja überhaupt nichts. Der Punkt ist allerdings, dass das ja schon eine Vorgeschichte hatte, wo das vielleicht anders gehangen war. Aber grundsätzlich scheint das, wenn das so gewesen ist, wie hier beschrieben, gutes Verwaltungshandeln – -, denn da erzeugt ein Schritt den nächsten.

Es ist aber trotzdem so, was die Motivation, also meiner Interpretation nach, des Mails – jetzt aber des Dietmar Seiler an die Cofag – betroffen hat, sozusagen die Weiterleitung des Hilferufs, dass in diesem Hilferuf insinuiert wurde, es würde, offensichtlich bis zu einer kritischen Grenze der Existenzbedrohung des Unternehmens, hier dieses Ergänzungsgutachten, wenn man so will, nicht und nicht daher kommen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 50

Das war ja der Ausgang von allem, das war das Motiv, warum dieses Mail geschrieben wurde, würde ich interpretieren, und ich habe ja dann auch – jetzt erst, die letzten Wochen – nachgefragt und genau diese Antwort bekommen. Und das hat möglicherweise damit zu tun, dass ja zwei solche Vorgänge hintereinandergeschaltet worden sind, und in dem Fall ist es – -, meines Erachtens: Ja, ich meine, wenn alles so funktionieren täte – keine Ahnung! (*Heiterkeit des Redners.*)

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) (*erheitert*): Gut. Ich nehme meine Fragezeit mit. – Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Danke sehr.

Als Nächster zu Wort gemeldet: Herr Abgeordneter Shetty. – Bitte schön.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Guten Abend, Herr Kogler, auch von meiner Seite. Es tut mir leid, dass ich die Dramaturgie zwischen Kollegin Tomaselli und Ihnen jetzt ein bissl stören muss, aber ich möchte noch einmal auf Herrn Schimpel zurückkommen. Wie lange kennen Sie Herrn Schimpel denn schon?

Mag. Werner Kogler: Na, seit dem Hearing 2015. Das muss aber zum Jahresende gewesen sein, weil der Zeitdruck sehr groß war, um eben – wie vorhin alles beschrieben; vielleicht wiederhole ich das nicht – einen Referenten für Finanzen zu rekrutieren, insbesondere aber auch für den besagten Hypo-U-Ausschuss, denn wir waren dort voll im Gefecht.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Also verstehe ich richtig: Herr Schimpel war dann ab 2015/2016 Finanzreferent im Grünen Klub?

Mag. Werner Kogler: Ich glaube, es war dann mit 1.1.2016, ja.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Also ab 1.1.2016 war Herr Schimpel Finanzreferent. Was war damals Ihre Funktion im grünen Parlamentsklub?

Mag. Werner Kogler: Na, ich war stellvertretender Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und Sprecher für?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 51

Mag. Werner Kogler: Und Sprecher für - - weiß ich gar nicht genau, zu der Zeit. Jedenfalls war ich der Fraktionsführer im Hypo-Untersuchungsausschuss, und das war das Handlungsleitende.

Für Finanzen und Budget war, glaube ich, Kollege Rossmann - -, aber wir haben uns das immer aufgeteilt. Aber ehrlicherweise habe ich ja schon nicht so wenig gemacht. Ich weiß gar nicht, welche Aufgabengebiete ich immer hatte. Ich weiß nur, dass ich mich da ein, zwei Jahre voll in die Aufarbeitung des Hypo-Skandals reinetigert habe und im Übrigen in der Zeit mit den Finanzministern, insbesondere dort, wo es Zweidrittelmehrheiten für Vorgaben im Parlament brauchte, zusammengearbeitet habe und mich auch ausgetauscht habe, wie denn die Sanierung ausschauen kann, um möglichst viele Milliarden zurückzuholen – denn das war nämlich ein **wirklicher** Skandal.

Das war ein wirklicher Skandal! **Da** könnte man über Überförderung reden, **da** könnte man darüber reden, wo die Milliarden weggeschmissen worden sind, und zwar mit Anlauf und über Nacht! (Abg. **Shetty:** Das war aber nicht meine Frage!) – Ja, ich weiß; aber ich weiß, warum ich Schimpel deshalb kenne und geholt habe. Den Zusammenhang stelle ich schon noch her, und das war die Motivation. Das waren damals vor allem - - Das war damals meine Haupttätigkeit.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Unseren Informationen zufolge waren Sie von 2015 bis 2017 Mitglied des Finanzausschusses des österreichischen Nationalrates. Ist das richtig?

Mag. Werner Kogler: Ja, Ausschussmitglied bist du bald einmal, das wissen Sie eh (*Heiterkeit bei den Grünen*), aber ob ich deshalb schon Finanzsprecher bin, weiß ich nicht mehr. Ich glaube - - (*Zwischenruf der Abg. Tomaselli.*) – Nein, aber ich habe ja gesagt, was meine Funktion war.

Ich glaube, Bruno Rossmann war ein sehr, sehr, sehr profunder Kollege, und wir haben uns die Arbeiten aufgeteilt, eben auch im U-Ausschuss. Es ging auch um Wirtschaftsthemen, wo ich sehr viel gemacht habe. Denken wir an Ceta und TTIP – das waren alles meine Themen in dieser Zeit.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 52

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Aber Sie wissen, worauf ich hinaus will, Herr Kogler.

Mag. Werner Kogler: Nein, das weiß ich nicht, aber ich werde es gleich erfahren!

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Sie waren ja – ich glaube, das ist allseits bekannt, Sie sind ein anerkannter Experte für Budget und Finanzfragen – Mitglied im Finanzausschuss, Sie waren im Hypo-Untersuchungsausschuss. Herr Schimpel war unter anderem auch für diese Fragen zuständig. Ich nehme an, er hat als Referent auch den Finanzausschuss betreut.

Meine Frage wäre: Haben Sie mit ihm in dieser Zeit eng zusammengearbeitet?

Mag. Werner Kogler: Ja, sehr sogar, aber – noch einmal – vor allem Richtung Hypo-Untersuchungsausschuss. Und auch Kollege Rossmann hat sich mit mir im Ausschuss engagiert – soweit ich mich erinnern kann; wir hatten dort ja zwei Vertreter –, und sehr viel Fachkompetenz - -

Man muss ja wissen, wie der Grüne Klub organisiert war – ich glaube, das ist bis heute noch so –: Es gibt wenige persönliche, also direkt zugeordnete Referenten, sondern nach Fachgebieten, und deshalb war das Richtung Aufarbeitung Hypo-Skandal eine ziemliche Gemeinschaft: Rossmann, Kogler, Schimpel. Und ich glaube, die Ergebnisse können sich sehen lassen. Ich habe Ihnen die Lektüre des Fraktionsberichtes ohnehin schon nahegelegt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Herr Kogler, fasse ich das richtig zusammen? – Herr Schimpel war von 2015 bis 2017 Referent im Grünen Klub – 2016, also in diesem Zeitraum –, und 2020 haben Sie - -, oder wurde er dann in der Cofag als Geschäftsführer bestellt, hat da ein Volumen von mehreren Milliarden Euro zu verantworten gehabt. Ja – und das ist Zufall?

Mag. Werner Kogler: Nein, das ist kein Zufall, aber ich glaube, das habe ich auch schon ausgeführt: Ich sagte doch, meine Einschätzung – es war ja auch nicht einmal meine Idee; auch das sagte ich – der Qualifikation ist ja die Gleiche gewesen, wie ihn überhaupt für den Grünen Klub zu gewinnen – wir haben damals eine Riesenfreude gehabt –, als kompetenten,



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 53

als wirklich kompetenten, Mitarbeiter, weil er nämlich vorher an verschiedenen Stellen in der Kommunalkredit gearbeitet hat.

Und diese, die Kommunalkredit nämlich, hat sehr wohl mit vergleichbaren und gar nicht so kleinen Fällen zu tun, wie hier die Anforderungen zu erwarten waren. Wer hat denn das schon so genau gewusst zu der Zeit? Die Cofag ist herausgestampft worden und, ich glaube, es war noch nicht einmal klar, welche Hilfsinstrumente kommen werden. Dass es viele Milliarden werden, das war mir wieder klar, denn ich sagte ja vorhin schon, dass ich den Einschlag für riesig gehalten habe, mit 10 Prozent der Wirtschaftsleistung und so weiter. Das war das, was klar war – aber welche Hilfsinstrumente überhaupt konstruiert werden und in der Folge dann vom Finanzministerium in Richtlinien und Verordnungen gegossen wurden oder welche Satzungen dort zur Anwendung gelangen, das musste ja wohl schon klar sein, die habe aber ich wieder nicht gekannt.

Aber jedenfalls: eine sehr kompetente Person für Finanz- und Förderfälle. Ich wäre froh, wenn wir mehr solche hätten!

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und warum war Herr Ehrnhöfer, der Kabinettschef von Frau Klimaschutzministerin Gewessler, in seine Bestellung oder in die Empfehlung für seine Bestellung involviert?

Mag. Werner Kogler: Ja, auch das hatten wir schon, denke ich, aber gerne noch einmal: Wir waren in diesen Tagen und Stunden - - - denn das bezieht sich ja genau auf diese ersten Wochen, das muss ja, glaube ich, wenige Tage, eine Woche, noch irgendwo in dem Zeitraum, nach dem ersten Lockdown gewesen sein –, ich kann Ihnen sagen: wir haben alle Kräfte im Bundeskanzleramt zusammengezogen; die Notbetten waren im Übrigen auch schon reserviert, wie man den Medien entnehmen konnte. Wir haben da Tag und Nacht gearbeitet.

Felix Ehrnhöfer ist – er hat im Übrigen auch in der Übergangsregierung eine Funktion ausgeübt – ein hervorragender Jurist und jemand, der sich, fast wie ein Allrounder, bei sehr vielen Dingen auskennt. Deshalb ist er ja überhaupt bereits während der Phase der Regierungsverhandlungen, Regierungsverhandlungen ÖVP und Grüne – vorher nicht im Übrigen –, im Dezember, denke ich, oder im November zum Verhandlungsteam



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 54

dazugestoßen, wo die zwei Parteien sich nach den Sondierungen eben entschieden haben, Regierungsverhandlungen aufzunehmen. Das ist aber eh alles medial nachlesbar.

Da ist er, Felix Ehrnhöfer, zu uns gestoßen, den ich auch von früher kannte, eben als hervorragenden Juristen. Sein Know-how war deshalb sehr hilfreich, weil er nämlich in der Übergangsregierung eine Aufgabe – welche, weiß ich nicht, aber eine Aufgabe – hatte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nur, um das noch einmal einzuordnen: Da ist dieser erste Lockdown. Das versteht jeder, das war damals ein Ausnahmezustand. Dann entscheidet man sich, die Cofag zu gründen, die wir damals übrigens schon von Anfang an kritisiert haben, diese Einrichtung, ex post auch vom Rechnungshof und von der Finanzprokuratur recht bekommen haben, weil dort alle sagen: Die Finanzverwaltung hätte das auch so machen können.

Dann bestellt man Cofag-Geschäftsführer, und es wird zufälligerweise jener, der kompetent sein mag, aber drei Jahre davor Ihr Mitarbeiter im grünen Parlamentsklub war. – Meine Frage wäre, Herr Kogler: Ist die Kompetenz im Vordergrund gestanden oder die Nähe zu einer Partei?

Mag. Werner Kogler: Na erstens: die Kompetenz. Zweitens ist es aus dem Grund genau kein Zufall – aber da könnten wir jetzt über Zufallsbegriffe philosophieren; das haben jahrhundertlang gescheite Mathematiker schon versucht, das empfehle ich nicht. Es ist eben genau kein Zufall, sondern es ging um die Kompetenz!

Und im Übrigen haben Sie sich im Datum wieder irgendwo vertan, denn am Sonntag, dem 15., ist hier in diesem Haus ein Riesengesetzespaket verabschiedet worden. Da war die Abänderung zur Abbag ja schon drinnen, und meines Wissens ist das einstimmig beschlossen worden – das muss eh das Parlament mit sich ausmachen, nur damit wir zeitlich nicht durcheinanderkommen.

Aber wo wir sozusagen versuchen, uns anzunähern, wie es denn gewesen sein könnte, muss es so sein, dass in den nächsten Tagen diese Bestellung anstand, und dann wie gesagt - - ein Vorschlag Ehrnhöfer, und das Ganze muss bis spätestens, denke ich, 27. März geschehen



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 55

sein – da brauchen Sie jetzt aber nicht glauben, dass ich mich an all das auswendig erinnere, überhaupt nicht, ich habe das natürlich alles nachgelesen: wie überhaupt die Zeitleisten waren –, denn am 27. hat es ja dann die Interimsbestellung gegeben oder die Bestellung zur interimistischen Geschäftsführung – so sagt man wohl –; also irgendwo da dazwischen – logischerweise und ohne Zufall!

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Vor Ihnen war ja Herr Blümel da, und er hat hier sinngemäß gesagt – ich hoffe, ich sage das richtig, Herr Hanger wird mich sonst korrigieren –: Neben der Kompetenz – das hat er ähnlich ausgeführt wie Sie – war das natürlich auch eine Frage, dass man sozusagen einer Logik folgen sollte, dass der Koalitionspartner mit dieser Person auch gut einverstanden ist. (*Abg. Hanger hebt die Hand.*)

Jetzt würde ich Sie fragen, was Sie dazu sagen – aber Herr Hanger hat schon wieder was auszusetzen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zur Geschäftsbehandlung, Herr Abgeordneter Hanger, bitte schön.

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Lieber Herr Kollege Shetty, du hast mich ja gerade aufgefordert, das richtigzustellen, wenn dem so ist: Du hast nicht richtig zitiert, sondern Herr Blümel, Finanzminister außer Dienst, hat ganz klar gesagt: An erster Stelle steht die Kompetenz, dann geht es natürlich auch um die provisorische Bestellung, die interimsmäßige Bestellung – da hat man das Gespräch mit dem Koalitionspartner gesucht –, und **danach** kam dann das Stellenausschreibungsverfahren; also das sind diese drei Schritte gewesen. Aber an erster Stelle steht immer die Kompetenz, das war ganz klar die Aussage. (*Abg. Shetty hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zur Geschäftsbehandlung, Herr Abgeordneter Shetty, bitte.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 56

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): *(zur Geschäftsbehandlung):* Ich habe ja gesagt, dass Herr Blümel das gleich gesagt hat wie Sie: also in erster Linie die Kompetenz. Ich sehe die Korrektur jetzt nicht ganz.

So, wie Herr Hanger das gesagt hat: Ich würde Sie mit diesem Vorhalt gerne konfrontieren. Was sagen Sie dazu? Ich habe das so verstanden, dass das sehr wohl auch einer Proporzlogik folgen soll, nämlich: einer schwarz, einer grün.

Mag. Werner Kogler: Was ist jetzt genau der Vorhalt oder das Zitat, das Sie gebracht haben?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich frage Sie: War das ein Kriterium, dass einer der schwarzen Sphäre zuzuordnen ist und einer der grünen Sphäre? War das ein Kriterium?

Mag. Werner Kogler: Das kann ich gerne beantworten, ich nehme nur zur Kenntnis, dass das jetzt nicht mehr auf einer, möglicherweise falschen Vorhalt fußenden, Falschzitierung daherkommt –, weil: da müssen eh andere sich darum kümmern.

Ich beantworte aber trotzdem gerne, was Sie jetzt gefragt haben: Meines Erachtens nein, weil die Kompetenz im Vordergrund steht. Und die andere Geschichte ist ja noch einmal die – ich gehe da sogar so weit, völlig freiwillig und ungeschützt –: Wenn – – Das wusste ich ja nicht, ja, damals nicht und jetzt auch nicht, dass Finanzminister Blümel – der alles andere als einen leichten Job hatte; das muss man ja wohl anerkennen – sagt: Das ist was, wo man dann – – weiß ich nicht, wenn der Ehrnhöfer einen Vorschlag macht; ich weiß ja nicht, was er damit meint, was das dann enger bindet; wenn das so zu verstehen ist. Ich hätte jetzt nichts anderes herausgehört.

Ich kann Ihnen aber sagen: Die Bindung der Regierungsparteien aneinander in so einer schwierigen Situation kannst du nur unterschätzen. Im Nachhinein, sage ich selbstkritisch, in diesen Tagen – ich habe es ja vorhin schon angemerkt – musste ich zur Kenntnis nehmen, dass ich mich vielleicht nicht ein, zwei Tage mit dem Kurz hätte reiben sollen, wie es um



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 57

Ausgangssperre oder Ausgangsbeschränkung gegangen ist, sondern noch schneller, näher, miteinander - -

Das Gleiche gilt für die Hilfsinstrumente – da sind wir ja schon viel näher am Untersuchungsgegenstand. Da war es so, dass ich bei - - Ich habe es ja gesagt: obwohl ich ja keinen Auftrag gehabt habe, aber wir haben uns ja alle im Kanzleramt getroffen, und manchmal habe ich was mitbekommen und bin auch gefragt worden.

Beim Härtefallfonds haben wir insofern durchaus unterschiedliche Zugänge gehabt, als wir von ÖVP-Vertretern – das war gar nicht einmal noch der Finanzminister selber – gehört haben, dass es die Finanzverwaltung nicht schafft – ich habe ein Fragezeichen draufgepickt, ich habe alles erklärt –, dass es auch die AWS nicht schafft – was ich auch hinterfragt habe, aber möglicherweise haben die recht behalten.

Ich sage nur: Es ist sehr, sehr hilfreich, wenn man in diesen Situationen immer wieder rasch zueinander findet. Vielleicht hat der Herr Finanzminister ja das gemeint, noch dazu vor dem Hintergrund, wo wir einen anständigen Streit darüber hatten, wann, wie schnell, wie viel Hilfen in den NPO-Fonds gehen sollen, und ob wir den überhaupt kreieren, bis wir uns geeinigt hatten. Das war nicht immer nur leicht. Wenn er dann sagt: Okay, wir müssen schauen, dass wir miteinander, nebeneinander gut arbeiten können!, dann halte ich das einmal für eine gescheite Aussage.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Bei allem Respekt, Herr Kogler, Sie sagen sehr viel, aber Sie antworten relativ wenig auf meine Fragen.

Ich würde dann aber zu einem anderen Thema kommen. – Vorlage 3, bitte. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Das ist eine APA-Aussendung, Titel: „COFAG – Kogler weist angebliche Interventionen zurück“; Untertitel: „Unterste Schublade“. Sie meinen damit unsere Vorwürfe. Was konkret haben Sie damit gemeint?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 58

Mag. Werner Kogler: Es wird wahrscheinlich wegen der Zeitökonomie – ich gebe Ihnen recht, ich antworte sehr lange – vernünftig sein, auf das zu verweisen, was ich sagte, aber ich kann es wirklich genau dort einordnen, weil ich nämlich - -

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Entschuldigen Sie, welche Mail von den beiden meinten Sie?

Mag. Werner Kogler: Nein, die - - Zunächst meinte ich, weil ich das ja so verstanden hatte, dieses Mail, wo es darum ging, dass wir uns aufgrund des Auftretens des Abgeordneten Schellhorn, des Abgeordneten Matznetter mit der Unternehmerin der Restaurants Soulkitchen erkundigen, das habe ich ausführlich gesagt, und das habe ich genau darauf bezogen.

Wenn nämlich quasi schon bald interventionöse Zwischenrufe oder Alarmrufe – ich habe eh Verständnis dafür, in dem Fall für Matznetter und Schellhorn – kommen und wir uns dann kümmern und sagen: Schaut euch das bitte an, wo die behaupten, alle gehen den Bach runter, Regierung treibt Unternehmen in den Ruin und dann gleich noch nachgedoppelt mit Hunderttausende!, und ich dann frage: Was ist denn da los? – eh erst nach vier Wochen –, dann finde ich das tatsächlich, Herr Abgeordneter, unterste Schublade, so überhaupt daherzukommen, weil man das aus dem Mailverlauf hätte erkennen können, um was es da geht; aber die Absicht habe ich ja gar nicht einmal erkannt, deshalb: unterste Schublade.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Woher haben Sie Ihre Informationen bezogen, dass wir diese E-Mail problematisiert hätten?

Mag. Werner Kogler: Na, weil diese E-Mail - - *(Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt.)*

Ich kann da schon etwas sagen: Weil ich – ich war ja damals, ich kann mich erinnern, an dem Tag in Salzburg, glaube ich, man hat ja sonst auch noch etwas zu tun, außer den U-Ausschuss am Liveticker zu verfolgen – darauf hingewiesen wurde, dass es hier diese Aussagen und Vorhalte Ihrerseits gibt, und der Rückschluss war, es könnte oder es würde sich wohl genau



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 59

um dieses Mail handeln. Im Übrigen war dann eh nur von zweien die Rede und das zweite haben wir ja auch schon besprochen. (*Abg. Tomaselli hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zur Geschäftsbehandlung, Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Herr Vorsitzender, ich wollte nur darauf hinweisen, dass es sich mitunter um einen falschen Vorhalt handeln könnte, weil beide E-Mails im Untersuchungsausschuss thematisiert worden sind. Im Übrigen bin ich mir jetzt auch nicht ganz sicher, ob wir uns eigentlich noch im U-Gegenstand befinden, wenn ich dem Vizekanzler Artikel vorlege und sage: Wieso haben Sie zu mir gesagt, irgendwie sei die NEOS-Kritik unterste Schublade?

Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob wir da noch im U-Gegenstand sind, Frau Richterin. (*Auskunftsperson Kogler: Einen Milliardär finden wir jedenfalls nicht!*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Frau Verfahrensrichterin, ich bitte um Ihre Beurteilung.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich habe mich deswegen nicht zu Wort gemeldet, weil es natürlich die zwei E-Mails betrifft, die besprochen worden sind, und das in einem unmittelbaren Zusammenhang steht. Dass natürlich jetzt die letzte Frage, woher Sie das haben, eine parteiinterne Fragestellung ist, die nicht unmittelbar mit dem Untersuchungsausschuss zu tun hat, möchte ich sagen. Diese Vorlage hat sich aber auf die zur Sprache gekommenen Mails bezogen und das würde ich daher noch als in Ordnung - - Aber der Herr Vizekanzler wollte es offenbar eh beantworten.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 60

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ja, leider war das sehr ärgerlich, weil das Fakenews waren. Wir haben zwar beide E-Mails vorgelegt, die eine E-Mail haben wir problematisiert und die andere thematisiert. Das könnte man dem Protokoll auch entnehmen.

Ich würde gerne Vorlage 2 bitte vorlegen. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Die E-Mail kennen wir jetzt eh schon. Da schreibt Ihr Kabinettsmitarbeiter an Herrn Schimpel: „gibt es eine Möglichkeit, den Vorgang zu beschleunigen?“ Ist das eine Vorgehensweise, die jedem Staatsbürger freisteht?

Mag. Werner Kogler: Also das haben wir wirklich ausführlich behandelt. Es ist offensichtlich so, dass es hier um die Finanzverwaltung gegangen ist, noch einmal – das war einmal das Eine. Das Zweite ist, dass ich davon ausgehe, dass es im Übrigen auch bei den anderen Fraktionen – und wie mir zugetragen wurde, hat ja Herr Schimpel das dann auch so beaufkufftet – in ähnlichen Fällen möglicherweise viel, viel mehr Zurufe gegeben hat, um dieses weiterzuleiten, und darüber hinaus geht es in dem Fall um eine Engpassleistung der Finanzverwaltung. So habe ich das jedenfalls verstanden. Kann man alles wieder nachlesen, was wir vorhin schon gesagt haben. Und was Herr Schimpel da genau gesagt hat, muss ich an der Stelle ja noch gar nicht einmal wissen. Ich weiß nur, was ich im Nachhinein erfahren habe. Ich habe im Übrigen mit ihm nie mehr darüber geredet, ihn auch seit Anfang 2020 nicht mehr getroffen, by the way. Aber so hat sich das für mich rekonstruieren lassen.

Das ist etwas, haben mir die Mitarbeiter:innen im Kabinett gesagt, wo Schimpel der Meinung wäre und die auch zum Ausdruck gebracht hat, dass das sehr oft vorkommt, dass man auf bestimmte Fälle hinweist. In dem Fall war das Spezifikum halt das, dass die Finanzverwaltung als Engpass identifiziert wurde, aber nicht er – Schimpel – adressiert wurde, er soll jetzt irgendwas tun, weil irgendwas ist, sondern es soll geschaut werden, dass gefälligst die Unterlagen aus der Finanzverwaltung dort landen, wo sie hingehören.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 61

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ja. Ich halte jetzt abschließend fest – keine Frage mehr –, dass wir das wirklich als sehr ärgerlich empfunden haben, weil hier bewusst in der Öffentlichkeit zwei Dinge verdreht wurden, die wir so nie dargestellt haben, und wir es eben nicht für normal erachten – ich komme zum Schluss –, dass ein grüner Kabinettsmitarbeiter den ehemaligen grünen Mitarbeiter, der jetzt Cofag-Geschäftsführer ist, bittet, Vorgänge zu beschleunigen. Das steht keinem normalen Bürger offen und deswegen finden wir es problematisch, gerade aus Sicht der Grünen.

Mag. Werner Kogler: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich das für völlig falsch halte, was Sie da sagen und zusammenfassen, ich habe das ja früher auch in U-Ausschüssen öfter erlebt. Ich halte also noch einmal fest – wenigstens für das Protokoll – der Verfahrensanwalt hat auch gesagt, das stimmt so nicht –: dass nicht direkt bei Schimpel aufgeschlagen wurde seitens des Kabinettsmitarbeiters, dass *er* etwas tut, sondern er fragt ja sogar noch, ob man nicht zum Bundeskabinett des Bundesministers für Finanzen gehen müsste, um offensichtlich der Finanzverwaltung hier, wie ich es vorher sagte, Beine zu machen. Dort wurde der Engpass erkannt. Es war genau nicht auf Marc Schimpel hin. Er fragt, was man da tun kann, damit das Unglück nicht wirklich seinen Lauf nimmt, und es wurde festgehalten, dass die Finanzverwaltung – zumindest hier in diesem Fall – nicht hinterherkommt.

Wie sich das dann dargestellt hat, das müssen Sie eh Schimpel fragen –er hat jetzt eh irgendwas geschickt –; was wirklich war. Das war aber die Motivenlage und es ging darum, die Finanzverwaltung dazu zu bringen, dass die endlich ihre Dokumente liefert. Heißt ja auch so: Ergänzungsdokument.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Da die Redezeit bereits überschritten ist, gelangt nun Frau Abgeordnete Scharzenberger zu Wort. – Bitte sehr.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Herr Vizekanzler, ich möchte mich zu Beginn gleich auf Ihr Eingangsstatement beziehen und daran anschließen. Sie haben ja die Notwendigkeit der Covid-19-Förderungen umrissen, und jetzt ist es so, dass vielen Menschen gar nicht mehr so geläufig ist, warum denn diese Förderungen so notwendig waren. Können Sie uns kurz erläutern, warum diese Förderungen so wichtig waren?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 62

Mag. Werner Kogler: Na ja, das ist sehr allgemein. Sie reizen mich zu einem ökonomischen Vortrag.

Es ist so - - (Abg. **Shetty** hebt die Hand.) Es ist auch die Frage, welche Phase, also am Anfang - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Vizekanzler, ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung. (Auskunftsperson **Kogler:** Bitte, Entschuldigung!) Entschuldigen Sie die Unterbrechung! – Herr Abgeordneter Shetty, bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Ich würde gerne die Frau Verfahrensrichterin um Einschätzung der Bestimmtheit dieser Frage bitten.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Sie ist unbestimmt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Zur Geschäftsbehandlung Frau Abgeordnete Scharzenberger, bitte.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Gut, ich kann es gerne konkretisieren: Es geht schon darum – und Sie haben es im Eingangsstatement ja auch gesagt –, dass über 200 000 Arbeitsplätze gesichert werden konnten, die sonst weggefallen wären, im Hinblick auf ökonomische Überlegungen, was Arbeitsplätze betrifft, was die Liquidität von Unternehmen betrifft.

Ich würde Sie wirklich bitten, kurz und präzise zu antworten.

Mag. Werner Kogler: Erstens ist ja die Erkenntnis, dass 200 000 Arbeitsplätze – 203 000 im Übrigen, so genau sind die Wifo-, Wirtschaftsforschungs-Modellberechnungen – - - war ja ein Zitat von mir aus der Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, was ja auch mit einem Entschließungsantrag zumindest der Mehrheitsfraktionen hier im Haus zu tun hat. Es war nicht meine Erfindung, das würde ich mir nicht anmaßen!, aber was damals die Situation war,



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 63

war, dass in der Dimension – vielleicht sogar noch höher, das konntest du ja nicht wissen! – hier Einschlüge für Totalausfälle von vielen Unternehmen, im Übrigen auch systemrelevanten Unternehmen drohen, viele kleine Schicksale, Familien- -, alles, querbeet, alle, die betroffen sind, direkt durch die Schließungen, aber auch indirekt, weil das ja sofort einen Dominoeffekt hat.

Das Hauptargument von mir damals war ja – und das hat ja Einfluss auf die Instrumentengestaltung und auf die Geschwindigkeit genommen – eine Sache, die ja schon als Antwort auf diese Frage passt, die überhaupt noch nicht thematisiert worden ist: dass wir ja das Blut im Wirtschaftskreislauf halten mussten. Deshalb musste ja alles so schnell gehen. Da ist die Förderung noch nicht unbedingt bestimmt, es musste nur schnell gehen, weil ansonsten, wenn du da monatelang zuschaust und wartest, ist die ganze Volkswirtschaft über den Jordan gegangen. Das waren die Motive!

Insofern war es dann auch sinnvoll, bestimmte Instrumente hier zu ziehen. Die Vorschläge hat es ja gegeben, wir kennen die alle, die haben Sie ja sicher diskutiert. Insofern, glaube ich, war die Liquidität – das war jetzt noch näher an Ihrer Frage –, - - wohl die Liquiditätsicherstellung auf der anderen Seite – Sie hatten ja nur von Liquidität geredet –, die Sicherstellung ein sehr wesentlicher Punkt, aber, wie ich ausführte, lange nicht der einzige, weil wir nur mit dem trotzdem Probleme in der Volkswirtschaft gehabt hätten.

Umgekehrt hat die Liquidität eine Rolle gespielt, dass wir kaputte Unternehmen, sogenannte Zombieunternehmen, die eigentlich schon liquid⁶ waren, auch ohne Pandemie - -, dass man die nicht fördern soll. Das war der Grad der Vermessung, wo sich das alles abgespielt hat. Insoweit hat das Thema Liquidität hereingespielt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Die Frau Verfahrensrichterin hätte gerne eine Bemerkung gemacht. – Bitte schön.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich möchte bitte jetzt trotzdem – auch ungefragt, ich habe mich zu Wort gemeldet – ersuchen, dass man die Fragestellung tatsächlich auf den

⁶ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] schon illiquid waren [...]“ statt „[...] schon liquid waren [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 64

Untersuchungsgegenstand bezieht und nicht nur - - Ich weiß, der Herr Vizekanzler beantwortet es gerne, aber es hat jetzt einfach mit unserem Untersuchungsgegenstandsthema, der potenziellen Bevorzugung, nichts zu tun. *(Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Bitte entsprechend mit der Befragung weiterfahren.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Ich möchte mich gerne auch darauf beziehen, was die Verfahrensrichterin sagt, und dazu ergänzen, dass ich es auch als Einstiegsfrage gesehen habe, so wie wir es vorhin schon gemacht haben.

Ganz konkrete Frage, Herr Vizekanzler: Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, dass es bei den Coronaförderungen eine Begünstigung oder eine Besserstellung von Förderwerbern mit ÖVP-Nähe gegeben hat?

Mag. Werner Kogler: Nein, eben - - Nein. Ich weiß auch gar nicht immer auswendig, wer ÖVP-nahe ist, ich muss Sie enttäuschen, aber ich glaube *(Zwischenruf)* – was heißt, ich nehme an – ich habe sonst keine Hinweise –, dass hier aufgrund der Richtlinien in der Cofag vorgegangen wurde.

Was die Richtlinienerstellung betrifft – das ist aber schon ein wesentlich objektiverer Vorgang –, hat es eben verschiedene Kriterien gegeben. Die diskutieren wir im Nachhinein, dass wir das nächste Mal gescheiter sind, aber grosso modo ging es um die Liquidität und überhaupt um den Erhalt der Volkswirtschaft über den Erhalt der Betriebe und dadurch der Arbeitsplätze.

So sind auch die Instrumente ausgestaltet worden, die ja immer wieder verbessert wurden. Und im Rahmen dieser Beantragungen wird ja dann die Förderung ausgezahlt. That's it.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Der Untersuchungsgegenstand im Cofag-Untersuchungsausschuss enthält ja elf behauptete österreichische Milliardäre. Darunter befinden sich unter anderem René Benko und Stefan Pierer. Die Firmen von Benko erhielten in Summe 10,2 Millionen Euro und die Firma KTM von Pierer 11 Millionen Euro.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 65

Haben Sie Wahrnehmungen von Sonderbehandlungen bei der Gewährung von Cofag-Förderungen für diese Unternehmen?

Mag. Werner Kogler: Nein, ich habe selber gar keine Wahrnehmungen dazu. Wenn ich das aber akut medial verfolge, dann würde ich mit dem jetzigen Wissen feststellen, finde ich, dass wir im Fall Benko massive Themen haben. Warum? – Weil offensichtlich – also so, wie ich die Medienberichte verstehe, eigentlich sehr offensichtlich jedenfalls – diese Gesellschaft, das muss ja irgendeine Körperschaft gewesen sein, sonst kommt die ja gar nicht in die Cofag mit irgendeinem Förderanspruch, vorgeblich ein Hotel betreibt, dieses Gebäude aber möglicherweise für die private Nutzung herangezogen wurde. Ich habe von all dem früher nichts gewusst, ja, aber da erkenne ich massiven Aufrollungsbedarf, dem nachzugehen.

Weil: Würde – nur kenne ich die Rechtslage nicht auswendig – das so sein, dass in Wahrheit gar keine GesmbH oder irgendeine Körperschaft oder auch ein Unternehmen – das kann ja ein Einzelunternehmen sein, er selber, ist wurscht weiß ich ja nicht – vorliegt, das quasi unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gar kein Hotelbetreiber ist, sondern ein Privatnutzer, dann stellt sich ja automatisch die Frage, ob er als Privatnutzer einen ähnlichen Zugang zur Cofag gehabt hätte oder woanders antragsberechtigt gewesen wäre. Ich kenne keine große Vorgabe, wo irgendwer was gekriegt hat, nur weil er zu Hause wohnt; kenne ich nicht, selbst wenn es teuer ist. Also ich habe nichts gekriegt, Sie auch nicht. – Und dem ist nachzugehen, finde ich.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Das sehen wir auch so, dass das aufzuklären ist. Dazu würden wir ihn auch sehr gerne im Untersuchungsausschuss befragen.

Herr Vizekanzler, haben Sie Wahrnehmungen, dass die österreichische Verwaltung eine sogenannte Zweiklassenverwaltung wäre?

Mag. Werner Kogler: Da müsste man den Begriff explizieren. Ich glaube – - Also eigentlich nicht. Damit ich was dazu sagen kann, müssten diejenigen, die das behaupten – offensichtlich gibt es die Behauptungen ja, weil es nicht Ihre Intention sein wird, diesen Begriff aufzubringen – - -, was damit gemeint sein soll, dann kann ich vielleicht was dazu sagen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 66

Ich weiß nicht, es wird über Zweiklassen- und Vierklassenmedizin diskutiert, aber ich weiß noch nicht einmal, was eine Zweiklassenverwaltung sein soll. Ich kann Ihnen aber sagen – auch für den öffentlichen Dienst zuständig –, dass über weite Strecken sehr, sehr gut und kompetent gearbeitet wird, gerade auch in der Pandemie. Das war mein Eindruck, das haben wir auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. Ich habe es auch satt, dass dauernd auf den öffentlichen Dienst hingedroschen wird.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Da schließe ich mich auch an.

Möglicherweise haben Sie eine Wahrnehmung zur Bevorzugung von Superreichen, so wie es am Aktenwagerl der SPÖ steht.

Mag. Werner Kogler: Eigentlich habe ich gar keine Wahrnehmung zur Bevorzugung von irgendwem, also damit auch nicht von Superreichen. Es reizt mich nur schon, zu fragen, dass mir irgendwer einmal den Begriff superreich ausdeutscht. Ich meine, ich habe auch eine Vorstellung davon, und ich bin ein leidenschaftlicher Kämpfer, wenn es um Gerechtigkeit geht.

Sie können bis 2002 zurückschauen, wo ich mich schon mit Sigi Wolf angelegt habe und mit Benko hin und wieder durch öffentliche Aussagen. Das können Sie – - (*Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.*) Im Zweijahresabstand finden Sie da – ich habe mir das nämlich angeschaut –, was ich da zu kritisieren habe, wie sich solche Menschen verhalten. Aber deshalb kann ich nicht sagen, dass der irgendwo bevorzugt worden ist, ja. Aber Sigi Wolf ist für mich sowieso Gegenstand für jeden Untersuchungsausschuss, der da noch kommen soll, weil: Es geht da um die Russlandbeziehungen, und was dort aufgeführt wird, geht auf keine Kuhhaut. Ich sage Ihnen das so, auch wenn das nicht auskunftspersonenkonform ist.

Das muss man sich alles anschauen: was Sigi Wolf bei den Eurofightern aufgeführt hat, sowohl beim Bestellvorgang als auch bei den Gegengeschäften, die am Schluss eh keine waren; dann noch der Verdacht besteht, dass wir dort eigentlich mit Geldwäscheoperationen konfrontiert sind, wo gerade nur⁷ die Anklageschrift zurückgewiesen wurde – dann geht das

⁷ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] wo gerade **nun** die Anklageschrift [...]“ statt „[...] wo gerade nur die Anklageschrift [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 67

alles darauf zurück, dass sich bestimmte Menschen, unter anderem ich, auf die Fährte von solchen Personen geheftet haben. Und das ist so eine Litanei.

Also ich habe mit Superreichen nichts am Hut, wenn Sie das wollen, ich kann aber nicht sagen, ob Superreiche bevorzugt worden sind. Ich glaube, es ist gar niemand bevorzugt worden.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Genau das war auch meine Frage, ob es eine Bevorzugung von sogenannten Superreichen, das Wording kommt ja auch nicht von mir, gegeben hätte.

Herr Vizekanzler, meine nächste Frage wäre: Welche Kontrollmechanismen hat die Cofag institutionalisiert, um sich vor Fördermissbrauch zu schützen?

Mag. Werner Kogler: Ich muss mich noch ergänzen zu vorhin.

Diese Aussage, nicht bevorzugt, bezieht sich natürlich auf die Cofag-Hilfen, weil natürlich gibt es die Vorwürfe jetzt bei Benko – und Wolf von mir aus auch, das kenne ich ja gar nicht näher –, sie sind mir vertraut, dass Benko und Wolf sich Vorteile erschlichen hätten – ich bleibe im Konjunktiv um Gottes willen: erschlichen hätten – in der Behandlung ihrer Steuerfälle. Das ist mir schon bekannt, ich hoffe auch, dass das alles aufgeklärt wird, ja, vorstellen kann ich mir es auch. Ich habe nur keine Hinweise dazu.

Meine Aussage vorhin, da muss ich mich tatsächlich korrigieren, hat sich aber darauf bezogen: in Kombination mit Cofag-Hilfen; also da würde ich das nicht annehmen. Aber das andere ist ja auffi und owi und ummi ein Thema in vielen Medien, dass - - und es gibt ja offensichtlich auch Hinweise – sind es Chatverläufe, sind es sonst irgendwelche Akten, keine Ahnung, ja –, es gibt aber offensichtlich für ausreichend viele Abgeordnete Hinweise, nachzufragen, ob es in der steuerlichen Behandlung des Wolf, des Sigi Wolf, oder des René Benko Vorteilsgewährungen gab, und sei es nur im Prozedere oder sei es auch im Ergebnis durch Steuernachlässe, was weiß ich. Ich bin da jetzt nicht so drinnen, das war nicht mein Thema.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 68

Ich habe Ihnen nur gesagt, ich habe beim Sigi Wolf genug Streitthemen gehabt, und deshalb kann ich mir schon vorstellen, was sich alles abspielt, aber das kann ich hier als Auskunftsperson nicht vertiefen.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Das Thema ist eh die Cofag, aber ich habe Sie richtig verstanden: Sie haben jetzt gesagt, Sie würden es nicht annehmen, dass sich diese Herrschaften, die Sie genannt haben, in der Sache, also bei der Cofag, einen Vorteil erschlichen hätten.

Mag. Werner Kogler: Das würde ich deshalb nicht annehmen, weil es Richtlinien gibt, die⁸ zwar im Nachhinein über bestimmte Kriterien diskutiert werden, aber da geht es um objektive Kriterien. Der Rechnungshof hat seine Anmerkungen, ich hätte im Übrigen eine andere Ansicht manchmal – dafür sage ich ja Entschädigungszahlungen, da kommen wir offensichtlich gar nicht dazu richtig. Aber das ist gut: Da gibt es die Ansicht, da gibt es die Ansicht, da können wir alle was lernen. Ich glaube, da sind alle der Meinung heutzutage, also alle, die damals zugestimmt haben, alles gut. Da glaube ich, dass aufgrund der Richtlinien sowohl die Finanzverwaltung, auch wenn es manchmal länger gedauert hat – den Fall hatten wir –, weil die ja auch involviert war, und die Cofag-Organe – das sind im Übrigen ja mehrere: das ist ja auch der Aufsichtsrat und das ist auch der Beirat – -, alle haben offensichtlich dort was mitzuwirken, insbesondere dann, wenn die Förderfälle große sind.

Da glaube ich nicht, habe ich keine Hinweise, dass es dort eine Bevorzugung gab, weil wir da bei manchen Fällen wahrscheinlich eh schon im Aufsichtsrat oder gar im Beirat wären. Die Konstruktionen kennen Sie ja besser als ich, ich habe mir das Ganze jetzt nur im Detail noch einmal angelesen. Das kann ich zwar nicht ausschließen – wer kann denn das schon wieder? –, aber ich nehme es keinesfalls an, weil ich glaube, dass die Organe der Cofag entlang der Vorgaben, die ja im Übrigen entweder vom Gesetzgeber oder vom Verordnungserlasser kommen –, dass die die befolgt haben. Steuerfragen sind aber ganz was anderes, und vom Eurofighter – habe ich Ihnen eh schon gesagt – habe ich die schlechteste Meinung von Herrn Wolf.

⁸ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] wo zwar [...]“ statt „[...] die zwar [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 69

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Ich würde noch einmal auf meine vorherige Frage zu den Kriterien, um sich vor Fördermissbrauch zu schützen, zurückkommen. Das ist jetzt ein bisschen untergegangen.

Mag. Werner Kogler: „Kriterien, um sich vor Fördermissbrauch zu schützen“?

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Genau, welche Kontrollmechanismen wurden eingesetzt, um Fördermissbrauch auszuschließen?

Mag. Werner Kogler: Ja, da kann man viel - - Na ja, Missbrauch ist sowieso ein Definitionssache, weil du da eine Richtlinie rausgibst, in dem Fall der Finanzminister, und da stehen bestimmte Kriterien; und dann kann man schauen, ob die gescheit sind oder nicht. - So, das ist das Erste.

Das Zweite ist: Was ist dort geschehen? Im Übrigen durch Einwirkung, muss ich einmal wieder angeben dürfen, durch diese grünen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der sogenannten Koordinierung, der Mechanismus ist Ihnen zum Teil vertraut. Dass wir, das ist mir in Erinnerung, und ich war ja selber bei Presse- - Ich war zwar nie beim Entwickeln wirklich dabei, aber bei den Pressekonferenzen, dann habe ich natürlich die Briefings angeschaut: Entspricht das überhaupt dem, was ich mit meinem wirtschaftlichen Verstand für gut finde?

So, was ist da passiert? - Es hat Beschränkungen gegeben - dass ich jetzt alle zusammenbringe! - für die Dividendenausschüttungen, zumindest in der Idee - und ich hoffe auch am Papier, ich glaube ja -, Bonibeschränkungen, Arbeitsplatzgarantien, steuerliches Wohlfverhalten - das hat dann beim VfGH nicht an jeder Stelle gleich gut funktioniert, wie wir im Nachhinein wissen - und ein Fünftes - - Das habe ich jetzt zu meiner Schande vergessen, ich weiß, dass es fünf Dinge in unterschiedlicher Abmischung waren.

Am Anfang waren immer die Dividendenzahlungen, und da kann ich mich auch noch gut - - An das kann ich mich zum Beispiel schon erinnern, wo alle da im Bundeskanzleramt waren und sich irgendwo getroffen haben, der Herr Finanzminister und ich gerade nicht. Dann habe ich was aufgeschnappt, und dann sage ich: Du, aber eines ist schon klar - ja! -, diese



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 70

Dividendenbeschränkungen, die werden wir schon brauchen, weil man sonst da noch nicht so großzügig reingehen kann! Großzügig und schnell ist gut, aber es kann nicht sein, wenn wer mit Steuergeld gerettet wird, auch wenn er unverschuldet in die Situation kommt, dass er dann noch Dividenden ausschütten geht, es sei denn, es geht wieder um Liquidität! – Ich kann so ein Beispiel genau bringen: Es sei denn, es geht um Töchter, die an die Mütter ausschütten sollen, damit ihrerseits die Mutter nicht liquide⁹ wird. Das ist zum Beispiel völlig ein anderer Fall wieder, den muss man so behandeln. Das waren die Diskussionen, die ich manchmal mitbekommen habe und wo ich auch manchmal eine Meinung abgegeben habe.

Die Pressekonferenzen, die ich gegeben habe, wie ich das wirtschaftlich einordne, sind ja in Zeiten der IT ja schnell verfügbar. Also ich habe mich immer zu den Themen gestellt und meine Einschätzung gegeben. Ja, es war öfter so, dass wir was anders gesehen haben als der Regierungspartner, aber am Schluss sind wir zusammengekommen. Ich glaube auch, dass das, was Sie Missbrauch nannten, glaube ich, welche Vorkehrungen es da gegeben hat - - Allein mit diesen vier Dingen, die ich da jetzt genannt habe, ist schon einmal was Gescheites passiert.

Was ich allerdings nicht sagen kann, tatsächlich: wie das in der Praxis immer eingehalten wurde. Ich habe auch gar nicht die Zeit, dem immer hinterherzuhüpfen. Dafür gibt es Untersuchungsausschüsse, dafür gibt es Aufsichtsräte, dafür gibt es Beiräte – ja, Gott sei Dank –, weil ich eh dauernd gefährdet bin, dass ich mich um solche Sachen kümmere, wie Sie merken. Es geht mich aber nicht immer alles gleich viel an, weil wir auch andere Dinge zu tun haben. Ich habe da aber grundsätzlich einmal, wenn man so will, ein gewisses Vertrauen. Im Übrigen: Der Tatbestand, den es ja offensichtlich gibt, dass es Rückforderungen von der Cofag gibt, also das werden schon die richtigen Organe dort an die Fördernehmer ausschicken, ist ja schon ein Hinweis darauf, dass Umstände gefunden werden, die möglicherweise mit diesem zu tun haben, weil das nicht eingehalten ist, was ich genannt habe, oder auch andere, beispielsweise wenn ein Umsatzrückgang angegeben wird, der gar

⁹ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] nicht **illiquide** wird.“ statt „[...] nicht liquide wird.“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 71

nicht der Wahrheit entspricht. Beim Umsatzersatz war das schwer möglich, weil dort das alles automatisiert war. Bei allen anderen Instrumenten weiß ich es gar nicht so hundertprozentig.

Also wenn man bei wem draufkommt, dann aber hoppla, dann Rückforderung. Das dürfte ja funktionieren, sonst würde man ja nicht von Rückforderungen reden.

Ich kann eine Parallele ziehen – und nehme an, dass das dort ähnlich ist, in der Cofag nämlich, weil das Untersuchungsgegenstand ist –: Wir haben auch im NPO-Fonds gar nicht so wenig Rückforderungen, weil wir wirklich möglichst hinterhergehen. Das ist alles andere als einfach.

Warum ist das so? – Wenn du schnell auszahlen musst, dann kannst du gar nicht immer alles hundertprozentig berücksichtigen, weil das nämlich ein Zielkonflikt ist, auch wie es der Rechnungshof sagt. Ganz genau das ist aber das Thema. (*Abg. Krainer: Was war die Frage? Weiß jemand die Frage noch?*) Dann kannst du aber Mechanismen einbauen, weil du es zuerst so schnell auszahlen musst, damit dir die nicht verhungern, wenn dann trotzdem was anders gelaufen ist, dass du was zurückfordern kannst. (*Zwischenruf des Abg. Krainer.*)

Offensichtlich passiert das bei der Cofag, und ich habe auch den Herrn Finanzminister in persönlichen Gesprächen – den jetzigen Finanzminister – so verstanden.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Die Frage, die sehr umfassend beantwortet wurde, war nach den Kontrollmöglichkeiten.

Da es bereits einen gewissen Unmut gibt, Herr Vizekanzler, darf ich ersuchen, die Beantwortungen etwas knapper und konkreter auf die Frage hin zu richten. Danke schön.

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Vielen Dank, die umfassende Beantwortung hat aber auch was Positives, denn so habe ich mir die nächste und die übernächste Frage schon gespart.

Herr Vizekanzler, ich möchte noch replizieren auf die Frage des Herrn Kollegen Shetty beziehungsweise ist am Rande vorgekommen, warum es - - Ich glaube, mich erinnern zu



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 72

können, Sie haben gesagt, die Finanzverwaltung hätte es nicht geschafft. Haben Sie dazu noch nähere Wahrnehmungen? Warum braucht es die Cofag? Hätte die Finanzverwaltung das geschafft oder nicht? Was sind dazu Ihre Wahrnehmungen?

Mag. Werner Kogler: Na ja, wir müssen unterscheiden, im Übrigen: Im einen Fall war es ein konkreter Fall, wo die Finanzverwaltung angehalten wurde, schneller zu sein. Das ist ganz was anderes. Dazu habe ich von damals überhaupt keine Wahrnehmung, weil die Abbag für mich gar kein Thema war, als sie nämlich schon in diesem großen Gesetzeskonvolut – die Abbag und dann die Tochter der Abbag, also sie Cofag – hier entstanden ist.

Ich kann nur rückschließen, habe ich gesagt – und ich habe auch keine Nachforschungen angestellt –, aufgrund der Entwicklungen Bezug habend auf eine Entscheidung, wer denn den Härtefallfonds abwickelt.

Der war ja für die Kleinen, für viel, viel mehr viel wichtiger als die Cofag. Da ist es ja wirklich um Existenzen gegangen, um kleine, Einpersonen- -, Hunderttausende, wir wussten das. Das musste ja auch schnell gehen. Dann haben wir keinen gefunden, der das macht. Das hat mich empört, das habe ich ja gesagt.

Da habe ich aber schon verstanden, was die Argumente waren. Ob die immer alle stimmen, weiß ich nicht, aber die Zeit ist ja gar nicht da, dass wir fünf Monate darüber diskutieren, wer jetzt das wirklich am besten kann. Ich habe es zuerst selber kritisiert, muss ich zugeben, aber vielleicht war es gar nicht so schlecht, dass die Wirtschaftskammer das gemacht hat. Ich weiß es nicht. Ich beglückwünsche nur all jene, die es nachher eh immer genau besser wissen, aber vorher überhaupt keine Ahnung davon haben, was eigentlich der Entscheidungsdruck ist.

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Herr Vizekanzler, würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass die Förderungen richtig und wichtig waren, um die Bevölkerung vor existenziellen Bedrohungen zu schützen? (*Auskunftsperson Kogler: Na ja!*) Oder haben Sie eigene Wahrnehmungen dazu, wenn es jetzt an der Formulierung liegt?

Mag. Werner Kogler: Ich halte mich ans Wirtschaftsforschungsinstitutsgutachten. Das ist zumindest hoffentlich auch in diesen Kreisen eine objektive oder objektivierbare Quelle. In



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 73

der Wirtschaftskammer - - immer viel von links oder von rechts sein, im ideologischen Sinne auch im Übrigen. Da ist sehr viel Ideologie drinnen; in Fragen der Ökonomie und auch nicht im Sozialen gibt es keine endgültige Wahrheit. Das muss man einfach akzeptieren.

Aber meiner Wahrnehmung nach waren die wichtigsten Dinge, möglichst rasch durchaus – ich sage das so bewusst – möglichst Blut im Geldkreislauf zu halten, auch an die Unternehmen zu bringen, am besten die, die sonst von Liquidität¹⁰ bedroht wären, aber gerne auch die, die einen Entschädigungsanspruch haben – und dafür war mir das am Anfang so wichtig, weil der Verfassungsgerichtshof uns ja da einen zentralen Hinweis gegeben hat.

Es geht nicht immer nur: Bin ich eh schon fast hin, und dann darf ich erst ein Geld kriegen!, es geht darum, dass ich zuerst gar nicht hin wär, das ist nämlich die Rettung, das ist die Überbrückung. Deshalb geht es um Entschädigungszahlungen und deshalb ärgere ich mich so, wenn laufend die Begriffe durcheinandergehen. Manche können es vielleicht nicht besser, ich kenne aber auch einige, die die ökonomische Intelligenz hätten, das zu unterscheiden. Sie setzen sie nur nicht ein. Warum wohl?

Abgeordnete Mag. Corinna Scharzenberger (ÖVP): Herr Vizekanzler, vielen Dank!

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Vielen Dank! Ich möchte an dieser Stelle den Hinweis machen, dass wir in 12 Minuten die vereinbarte maximale Befragungsdauer von 2 Stunden erreicht haben, aber natürlich die erste Fragerunde vollständig absolviert wird.

Deswegen ist jetzt Herr Abgeordneter Krainer zu Wort gemeldet. – Bitte schön.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Vizekanzler, ich darf das Dokument 64610 vorlegen. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Mag. Werner Kogler: Ja, ich sehe nur hier „Ausgangslage“, „Großbetriebsprüfung“. Ich meine, offensichtlich wissen die Ausschussmitglieder, um was es sich da handelt, ich noch nicht. Jetzt

¹⁰ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] Illiquidität [...]“ statt „[...] Liquidität [...]“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 74

sehe ich wieder „Schlussbericht“, „HNWI“, „Berichtsv Verfasser“, „Zusammenfassung“, „Ausgangslage“. Ich lese hier auch - -

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zur Einordnung relativ leicht: Das ist quasi ein Bericht, der innerhalb der Finanzverwaltung gemacht wurde, mit der Frage: Wie gut sind wir dabei, die Ultrareichen in unserem Land zu besteuern? Sie haben sich die 30 aller Reichsten aufgrund der „Trend“-Liste herausgesucht, und das Ergebnis war wenig zufriedenstellend. Bei acht dieser 30 haben sie sich selber einen Einser gegeben, bei einem einen Dreier, beim Rest dann Fünfer oder ein Nicht beurteilbar, weil wir gar nichts über die wissen.

Wenn Sie zum Beispiel auf die Seite 20 gehen (*die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen*): Da haben Sie eine Tabelle über die steuerlich erfassten Privatstiftungen, dass von den 3 103 steuerlich erfassten Privatstiftungen bisher 2 209, also über 70 Prozent, überhaupt nie geprüft wurden.

Man sieht hier, wie viele pro Jahr geprüft werden – irgendwas zwischen eins und maximal 33, wenn ich das richtig sehe – und dass man quasi am Ende des Tages die Kritik der OECD, dass Österreich, wenn es um die Besteuerung der Superreichen geht, besonders schlecht ist, im Finanzministerium auch so sieht.

Meine erste Frage dazu – wo mich ein Ja sehr überraschen würde, sage ich gleich dazu –: Wissen sie etwas von diesem Bericht?

Mag. Werner Kogler: Eigentlich nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das hätte mich auch gewundert. Nachdem die letzten zwei Finanzminister diesen Bericht nicht kennen, wäre es ja eigenartig gewesen, wenn Sie den kennen. Das ist die quasi Selbstprüfung der Finanz, die rauskommt: Bei Milliardären sind wir ganz schlecht!

Haben sie Wahrnehmungen, dass in der Art und Weise - - oder hat es irgendwelche Gespräche gegeben mit dem Koalitionspartner, wozu Sie Wahrnehmungen haben, dass es hier in der Art und Weise, wie die Superreichen in Österreich besteuert werden, strukturelle oder personelle ressourcentechnische Änderungen gegeben hätte?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 75

Mag. Werner Kogler: Wenig, eigentlich gar keine. Ich sehe nur beim Thema Großbetriebsprüfung, ja - - das ist eines, das sich ja schon, also seit ich Abgeordneter bin in Wahrheit – und das ist seit 2000 –, lange heraufrankt. Ich kann – ich muss hinzufügen, ich glaube nicht, dass das alles im Rahmen des Untersuchungsgegenstand ist – aber gern dazu etwas sagen, weil die objektiv feststellbaren Dinge und die subjektiven Rückmeldungen schon zu mir als Abgeordnetem – wir haben heute ja schon festgestellt, dass ich mich auch mit Finanzen beschäftigt habe – immer die waren, dass die Großbetriebsprüfung über viele Jahre eher weniger wird, um nicht zu sagen, ausgedünnt. Ob es da ein Motiv gibt oder nicht, darüber spekuliere ich gerade nicht.

Das war immer schon ein Thema, das weiß ich, aber dass das aktuell eines ist und dass es diese Untersuchung gibt und dass das - -, dazu kann ich wenig sagen. Ich sehe auch, dass sich das auf die Jahre 2017, 2018 bezogen hat, vorher noch. Da waren wir bekanntermaßen noch nicht einmal im Nationalrat. (*Abg. Krainer: 2017 schon!*)

Jetzt hat das einmal bei mir keine Spuren hinterlassen, außer, dass ich natürlich die Problematik kenne, die ist anhaltend. Ehrlicherweise haben das noch nicht viel Koalitionsregierungen geschafft, hier ein Turnaround herbeizuführen, aber dass die Stiftungen auch betrachtet werden sollen, weil das war ja der Inhalt in - - Das war kein Vorhalt, das war keine richtige Frage, sondern eigentlich verstehe ich den Abgeordneten Krainer so, dass er fragt: Na, was sagen denn Sie dazu, Herr Auskunftsperson? – Ja, dass das ein anhaltendes Thema war und dass wir in diesen Bereichen eher die letzten 20, 30 Jahre hier - -, dass das weniger geworden ist. Begonnen hat es, da kann ich wieder einen Beitrag leisten, beim Finanzminister Grassner, das allerdings mit Sicherheit, dass dort bei den Großbetriebsprüfungen zurückgezogen wurde.

Wenn Sie jetzt sagen, das hängt unmittelbar damit zusammen, dass Stiftungen weniger geprüft werden – oder stelle ich den Zusammenhang her? –, das kann sein. Ich nehme an, dass bei bestimmten großen Stiftungen immer die Großbetriebsprüfer gebraucht werden würden und es keine eigenen Stiftungsprüfabteilungen gibt oder so irgendwas. Insofern kann ich, wenn ich die Intention Ihrer Frage verstehe, dem folgen. Das Dokument kenne ich nicht, und möglicherweise bin ich an der Stelle gar nicht so weit weg von Ihrer Meinung.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 76

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja. Kleiner Tipp: Es gibt drei derartige Berichte, vielleicht kann Herr Brunner, wenn er sie sich für sich aushebt, sie ja auch Ihnen beim Ministerrat über den Tisch schieben.

Ich habe noch ein anderes Thema, das ist heute schon beleuchtet worden, nämlich die sogenannte Konzernbetrachtung. Wann sind Sie das erste Mal damit konfrontiert worden, dass es Probleme mit der Konzernbetrachtung mit dem europäischen Wettbewerbsrecht geben könnte?

Mag. Werner Kogler: Na, so richtig genau und vorher habe ich eigentlich überhaupt keine Erinnerung. Vielleicht hat man einmal etwas hören können. Aber so richtig genau zu dem Zeitpunkt – weil Sie ja fragten, wann –, den ich schon geschildert habe, als mich der Finanzminister, das war aber erst Ende August, Anfang September des Vorjahres, darauf aufmerksam gemacht hat, dass es da etwas zu sanieren gäbe - -

Vorher war mir das nicht so bewusst, oder schon gar nicht, wieso ich die Intention - -, wann ich das genau erfahren hätte, wenn das die Intention war. Ich weiß nur, dass der Herr Finanzminister – das habe ich öfter erlebt, rund um die Pressekonferenzen – sich ungehalten gezeigt hat, dass die Europäische Kommission manche Dinge anders sieht als die Mitarbeiter, das Kabinett, die Linie des Finanzministeriums. Ich kann aber nicht sagen, ob sich das immer auf diese Frage bezogen hat. Einmal hat es sich auf den Fixkostenzuschuss bezogen, wo die Zeit fast davongelaufen ist und wo dann der Botschafter der Europäischen Union gesagt hat, jetzt sollen alle schnell einmal vernünftig werden – das Beispiel hatte ich Ihnen ja genannt. Da ging es immer um unterschiedliche Auslegungen und Grundlagen für die Anwendung des Beihilfenrechts. Das ist artverwandt, aber genau mir mitgeteilt, oder dass ich es zumindest verstanden hätte - -, war bei diesem Telefonat – ich bin mir ziemlich sicher – Ende August, Anfang September des Vorjahres.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mhm. – Dokument 38107 (*die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück*) – Seite 2 unten, das ist ein E-Mail von Peschorn innerhalb des Finanzministeriums an die Mitarbeiter von Blümel, wenn ich das richtig im Kopf habe, in dem er genau auf das Problem der Konzernbetrachtung hinweist, vom April 2020.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 77

Mag. Werner Kogler: Ja, ein E-Mail des Wolfgang Peschorn an Elisabeth Gruber und ein großer Kreis cc, nur ich bin nicht dabei, und - -

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sagt auch niemand.

Mag. Werner Kogler: Nein, aber was ist denn dann die Frage?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe noch keine Frage gestellt. (*Auskunftsperson Kogler: Okay!*) War Ihnen bewusst, dass die im Finanzministerium bereits im April 2020 wussten: Hey, das kann zu einem Problem werden?

Mag. Werner Kogler: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dokument 25928 (*die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück und berät sich mit ihrer Vertrauensperson*), ein Protokoll des Beirats der Cofag, letzte Seite, „TOP [...] Allfälliges“. Sie können es sich in Ruhe durchlesen, da sieht man auch, dass dort bereits diese Konzernbetrachtung vonseiten der Arbeiterkammer problematisiert wurde – und Herr Perner meint: Das ist alles Absicht, denn wir wollen mehr Geld und großzügiger Geld an die Konzerne ausschütten. Das ist vom April 2021.

War Ihnen zu diesem - - Ich muss ja dann auch eine Frage stellen, Sie können es ja in Ruhe durchlesen, denn da sehen Sie, wie das offen gesagt wird, dass das alles - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Nur: Jetzt müsste die Frage gestellt werden, denn die Redezeit ist schon vorüber.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): - - dass das alles Absicht ist. War Ihnen bekannt, dass seitens des ÖVP-Geschäftsführers und auch des ÖVP-Finanzministeriums bereits im April 2020 und jetzt im April 2021 klar war, dass es Probleme mit dem Beihilfenrecht geben wird und die damals gesagt haben, das ist Absicht, wir möchten möglichst viel Geld an Konzerne aussenden?

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Herr Abgeordneter, es ist die Frage zu stellen. (*Abg. Scharzenberger: ... Redezeit ...!*) Die Redezeit ist bereits massiv überschritten und



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 78

es stellt sich die Frage: Die Frau Verfahrensrichterin hat sich noch bei mir gemeldet, wo von einer Absicht die Rede wäre. – Bitte, Frau Verfahrensrichterin.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Auf welcher Seite bitte steht das mit der Absicht? *(Zwischenruf der Abg. Scharzenberger. – Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson und dem Verfahrensanwalt.)*

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kann ich gerne machen, sofern der Vorsitzende mich das sagen lässt. *(Zwischenruf des Abg. Shetty.)* Herr Perner sagt, ich sage es Ihnen gleich. Wo ist das mit Perner? - - *(Abg Stögmüller: Frage! Frage! Frage! 12 Minuten sind wir schon drüber!)* „BP führt aus, dass die EU über die RL“ – Richtlinie – „informiert ist“ und dann – Sekunde –, dass Österreich quasi bewusst diesen Weg genommen hat und Deutschland diesen Weg nicht genommen hat, weil sie hier einen großzügigeren Rahmen haben.

Mag. Werner Kogler: Herr Abgeordneter, alles recht und schön, wir finden es gerade nicht. *(Der Verfahrensanwalt wendet sich an die Auskunftsperson.)*

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): „Auf Nachfrage von EA führt BP aus, dass Österreich mit der Einzelbetrachtung die großzügigere Auslegung des befristeten Rahmens gewählt hat. Das kann aber dazu führen, dass Unternehmen, bei denen alles unter einer Gesellschaft hängt, aufgrund der Deckelung weniger Beihilfe in Anspruch nehmen können als Konzerne. In Deutschland wurde im Unterschied dazu die Konzernklausel gewählt.“

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Damit haben wir es jetzt, glaube ich, gefunden, in TOP 6 der dritte Absatz – und ich darf jetzt abschließend um die Beantwortung durch den Herrn Vizekanzler ersuchen. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Hanger und Stögmüller.)*

Mag. Werner Kogler: Ich kann dazu nichts sagen. Ich kann das lesen, was Sie hier zum Vortrag bringen. Vielleicht ist es ja die Absicht, das ins Protokoll zu bringen. Die Fragestellung, ob das aber deshalb schon beihilfenrechtswidrig wäre oder nicht, ist möglicherweise noch einmal eine andere. Mir scheint, hier wird auf eine unterschiedliche Vorgangsweise zwischen Deutschland und Österreich hingewiesen. Ja, das hat es öfter



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 79

gegeben, glaube ich, ich weiß es nicht. Ich war nur öfter wo dabei, wo wir auch versucht haben, in den Hilfsinstrumenten schneller und großzügiger zu sein als die Bundesrepublik Deutschland, wo es genau darum gegangen ist, Kleinere positiv zu treffen. Das sagt mir nichts, mir jedenfalls an der Stelle.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da geht es halt um die Großen.

Mag. Werner Kogler: Ja, aber - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Danke schön.

Gibt es noch Ergänzungen vonseiten der Auskunftsperson?

Mag. Werner Kogler: Was soll ich sagen? Das war offensichtlich eine Cofag-Sitzung, müssten wir dort klären.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Damit befinden wir uns am Ende der von den Fraktionen konsensmäßig festgelegten Befragungsdauer von 2 Stunden. Gibt es Konsens, diesen Konsens abzuändern? – Wenn das nicht der Fall ist, bitte um eine kurze Mitteilung. *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)* Keine Änderung des Konsenses, wie bei den vorhergegangenen Auskunftspersonen.

Dann stelle ich fest, dass zwar die nach der Fraktionsvereinbarung festgelegte Befragungsdauer abgelaufen ist (*Abg. Shetty hebt die Hand*), aber erteile Herrn Abgeordneten Shetty zur Geschäftsbehandlung das Wort. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) *(zur Geschäftsbehandlung)*: Mich würde nur von Kollegen Hanger interessieren – weil er zuvor Bereitschaft signalisiert hat, dass man jetzt hier sozusagen abgeht oder diesen Konsens herstellt –: ob die ÖVP bereit wäre, dass wir die zweite Befragungsrunde noch durchführen oder nicht.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

24. April 2024/Befragung

11. Sitzung / 80

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, der Herr Vorsitzende hat sehr klar festgehalten, dass es keinen Konsens gibt und deshalb wird es keine Verlängerung geben.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: So ist es. (Auskunftsperson **Kogler:** Wenn ihr keinen Konsens zusammenbringt - -, ich bleibert da!)

Damit ist die nach dem Konsens der Fraktionen vorgesehene Befragungsdauer von 2 Stunden bereits erreicht, aber die nach der Verfahrensordnung vorgesehene Befragungsdauer nicht erschöpft.

Deshalb frage ich die Frau Verfahrensrichterin, ob sie noch Fragen an die Auskunftsperson richten möchte.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Nein, vielen Dank.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Friedrich Ofenauer: Vielen Dank.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, erkläre ich die Befragung der Auskunftsperson für beendet. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr **Vizekanzler Mag. Werner Kogler**, und bei Ihrer Vertrauensperson für das Erscheinen.

